

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3539.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rüste, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenthel: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Wismarstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 30 $\%$,
Bergnütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 $\%$,
Berufsanzeigen 10 $\%$. Beilagen nach Uebereinkunft

Die Anfertigung von Arbeiten für die Fabrik Lochmann'scher Musikwerke A.-G. in Leipzig-Gohlis ist allerorts zu verweigern und Bezug fern zu halten.

Lohnbewegung.

Zugung ist fern zu halten von:
Drechsler nach Halle a. d. S. und Neutlingen;
Bau- und Möbeltischlern nach Leipzig, Nürnberg, Freiburg i. B., (Baugeschäft von Ph. Stadler), Burg, Lüneburg, Böttcher, Behre, Raumburg (Steincke & Co., Baugeschäft), Nordhausen, Mühlhausen i. Th., Elm a. d. D. (Th. Berger, Hofmöbelfabrik), Bayreuth, (Möbelfabrik von Kräfte & Manz), Forst i. d. E., Planitz bei Zwickau.
Tischlern und Drechsler nach Köslin;
Möbel- und Maschinentischlern nach Saalfeld a. d. S. (Fabrik Auerbach & Scheibe) und Hamburg (Doose, Heß & Riffel und Klein, Ottensen);
Parfombodenlegern nach Hannover;
Musikantomatentischlern nach Leipzig (Lochmann'sche Musikwerke) und Mühlhausen i. Th. (Michter's Musikwerkfabrik);
Tischlern und Stellmachern nach Dessau (Waggonfabrik);
Schornmachern nach Gröpelingen (L. Wehrup);
Borstmachern nach Winsk in Rußland, (Fabrik Markuschewitsch);
Pinselfabrikanten und Arbeiterinnen nach Nürnberg (Rosenfeld'sche Pinselfabrik).

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1898.

II.

Wie es mit der Stärke der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften steht, mit welcher deren Führer — Dr. M. Hirsch und Andere — prahlen, dürften folgende Ziffern beweisen. Nach 30jährigem Bestehen haben es die Gewerkschaften doch bloß auf 82 755 Mitglieder gebracht, und das trotz der vielen Vergünstigungen, deren sie sich erfreuen konnten. Weber hatten sie unter dem Sozialistengesetz zu leiden, noch sind ihnen sonst erhebliche Schwierigkeiten bezüglich Abhalten von Versammlungen gemacht worden. Sie konnten sich im Gegensatz zu den Gewerkschaften unter den günstigsten Verhältnissen entwickeln und ausbreiten, und doch konnten sie es bis zum Jahre 1893 nur auf 61 153 Mitglieder bringen. Von da ab hat ihre Zahl um 21 602 (35,32 pZt.) zugenommen. Was will diese Zahl bedeuten gegenüber der Zunahme der Mitglieder in den Gewerkschaften! Deren Zunahme betrug im gleichen Zeitraum 120,88 pZt., das ist eine Steigerung von 223 530 auf 493 742 Mitglieder. Die verhältnismäßig geringe Zunahme von Mitgliedern der Gewerkschaften ist aber erklärlich, wenn man erwägt, daß in einer Zeit, wo die Klassegegensätze sich immer mehr zuspitzen, das Unternehmertum jedes Streben der Arbeiter nach aufwärts zu hindern versucht, von Seite der Gewerkschaften noch Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gepredigt wird, und deren bestes Empfehlungsmittel immer nur der Hinweis auf die „gefüllten“ Gewerkschaften ist.

Zwar wird versichert, daß auch die Gewerkschaften für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit eintreten, aber unter welchen Voraussetzungen, das wird meistens nicht gesagt. In der Regel geschieht es durch Petitionieren und Antichambrieren in den Vestibüles der Ministerpaläste um gesetzliche Einführung kürzerer Arbeitszeit. Daß von solchem Vorgehen, abgesehen in einzelnen Fällen, wie bei den Bäckereiarbeitern und Handelsangestellten, nichts dabei herauskommt, wissen die Herren Dr. M. Hirsch und Genossen sehr genau. Aber es muß doch gegenüber dem rührigen Vorwärtstreben der

Gewerkschaften etwas gemacht werden. Da es nun einmal in den Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften programmäßig eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung höherer Löhne durch das Mittel des Streiks nicht gibt, muß den Mitgliedern plausibel gemacht werden, daß die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften durch ihre meist „vom Saune gebrochenen“ Streiks nichts erringen, und es daher besser ist, entweder an das menschlich-rührende Herz der Unternehmer zu appellieren oder zu petitionieren. So denken die Führer. Die Mitglieder sind aber recht oft anderer Meinung und schließen sich in vielen Fällen den Streiks der Berufskollegen in den Gewerkschaften an, oder werden mit in den Strudel hineingezogen, wenn sie nicht als Streikbrecher betrachtet sein wollen. Die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften haben für den wirtschaftlichen Kampf und auch in Bezug auf die günstigere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur eine minimale Bedeutung. Noch bedeutungsloser würden sie sein, wenn nicht durch das Unterstützungswesen ein großer Theil der Mitglieder an die Gewerkschaften gefesselt wären, d. h. nicht ihrer durch Jahre lange Beitragszahlung erworbenen Rechte verlustig gehen wollen.

Sehen wir uns nun die Kassenverhältnisse der Gewerkschaften an. Deren Einnahmen sind von Jahr zu Jahr gestiegen, theils infolge der Mitgliederzunahme, theils durch Zahlung höherer Beiträge. Während im Jahre 1891 die Gesamtsumme der Einnahme in den damals vorhandenen 49 Organisationen M. 1116588 betrug, stieg sie im Jahre 1898 bei 57 Organisationen auf M. 5508667. Die Gesamteinnahme aller Organisationen in den letzten 8 Jahren bezifferte sich auf M. 24326050, der eine Gesamtausgabe von M. 21198697 im gleichen Zeitraum gegenüber stand. Sehr richtig bemerkt die Generalkommission, daß diese Zahlen sich noch um einige Hunderttausend Mark erhöhen würden, wenn von allen Organisationen in jedem Jahre Mittheilungen über Einnahme und Ausgabe gemacht worden wären. Dies ist im Jahre 1898 von allen Organisationen zum ersten Mal geschehen. Von der oben angeführten respektablen Einnahme von M. 24326050 wurden in den letzten 8 Jahren verausgabt für: Rechtschutz M. 153737, Gemäßregelungenunterstützung M. 443256, Reiseunterstützung M. 2391054, Arbeitslosenunterstützung M. 1857886, Krankenunterstützung M. 2560417, Invalidenunterstützung M. 227594, Beihilfe in Noth und Sterbefällen M. 348032; zusammen für Unterstützungszwecke M. 7981976. Für Verbandsorgane M. 2592918, und an Streitunterstützung wurden verausgabt M. 4490077. Das ergibt, wie die Ziffern zeigen, für Förderung der materiellen und geistigen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder die Summe von M. 10574894 also über 6 Millionen Mark mehr, als für Streikzwecke verausgabt wurde.

Wie angeführt dieser Thatsache Posadowsky und dessen Hintermänner dazu kommen können, die Gewerkschaften als „Nur“-Streikvereine hinzustellen, bleibt für Jeden mit gesundem Sinne unverständlich. Diese vorwiegend den materiellen und geistigen Interessen der Gewerkschaften mit allen, selbst den schärfsten, Mitteln den Lebensfaden abzuschneiden, wäre eine Handlung, die

sich im Wirthschaftsleben schwer rächen würde. „Mit den Gewerkschaften würde,“ wie im Bericht der Generalkommission mit Recht gesagt wird, „ein mächtiger Kulturfaktor verschwinden, und nur blöde Reaktionswuth kann die Triebfeder zu dem gegen die Gewerkschaften geführten Vernichtungskriege sein.“

Interessant in mancher Hinsicht sind die von der Generalkommission zusammengestellten Tabellen. Aus diesen ist ersichtlich, welche Summen bisher pro Kopf der Mitglieder für die einzelnen Unterstützungszweige aufgebracht wurden. An der Hand der gewonnenen Gesamtziffer ist dann die Beitragshöhe pro Woche und Mitglied für die in Frage kommenden Unterstützungszweige festgesetzt. Daraus ergibt sich, daß z. B. für Reiseunterstützung in den Jahren 1892 bis 1898 der hierfür nöthige Antheil des Wochenbeitrages in 37 Organisationen, die Reiseunterstützung zahlten, schwankt zwischen 0,2 und 11,9 Pfennig.

Weniger als 1 $\%$ pro Woche und Mitglied zahlen: Bäcker, Bauarbeiter, Konditoren, Maler, Steinseher, Stukkateure, Tapezierer, Textilarbeiter, Vergolder und Zimmerer. Zwischen 1 und 2 $\%$ die Böttcher, Glaser, Goldarbeiter, Handschuhmacher, Holzarbeiter, Sattler, Zigarrenfortirer und Buchbinder. Ueber 2 $\%$ Antheil des Wochenbeitrages entfiel auf die Mitglieder in folgenden Organisationen: Bildhauer 6,9, Brauer 7,5, Former 2,9, Gutmacher 9,1, Kupferschmiede 7,7, Leberarbeiter 7,1, Lithographen 3, Maurer 5,6, Metallarbeiter 2,2, Schneider 2,5, Tabakarbeiter 3,8, Töpfer 2,2, Porzellanarbeiter 2,9, und die einzige Organisation, welche für Reiseunterstützung pro Woche und Mitglied über 10 $\%$ zahlt, ist die der Buchdrucker, und zwar 11,9 $\%$.

Für die Mitglieder der 13 Organisationen, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, vertheilen sich die Kosten pro Mitglied und Woche wie folgt: Bildhauer 16,4, Brauer 1,2, Buchbinder 3, Buchdrucker 13,5, Former 0,4, Glasarbeiter 4,1, Glaser 1,1, Handschuhmacher 13, Gutmacher 15, Kupferschmiede 4,7, Leberarbeiter 1,6, Porzellanarbeiter (inkl. Reiseunterstützung) 9,9, Zigarrenfortirer 8,3 Pfennige.

Aus diesen Ziffern ergibt sich nun noch keineswegs ein Maßstab, mit dem auch die Organisationen gemessen werden könnten, die keine Arbeitslosenunterstützung zahlen. Aber sie zeigen annähernd, welcher Beitrag zur Einführung genannten Unterstützungszweiges erforderlich sein würde. Derselbe wird je nachdem höher oder niedriger sein, als die betreffende Organisation mit Saisonarbeitern oder überhaupt mit Mitgliedern zu rechnen hat, die entweder schlecht bezahlt werden oder mehr als Andere dem Wechsel der Geschäftskonjunktur unterworfen sind. Wir können darauf an dieser Stelle nicht näher eingehen, nur sei gesagt, daß die Organisationen, welche Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, zu den bestgestellten gehören und — darüber wollen wir aber heute nicht streiten — ihre Besserstellung zum guten Theile der Arbeitslosenunterstützung zu danken haben. Das läßt sich absolut nicht leugnen. Wenn wir trotzdem Bedenken hegen, sie in unserer Organisation einzuführen, so aus anderen Gründen. Doch darüber später einmal.

Wenden wir uns nun noch kurz zu einigen anderen Ausgabequellen. Die Verwaltungsausgaben der Hauptkassen beliefen sich auf zusammen M. 306 349. Darunter M. 140 423 für Gehälter der Beamten. Diese Summe steht zu der Bezahlung der Beamten in Unternehmerorganisationen in gar keinem Verhältnis und muß gegenüber diesen als sehr geringfügig bezeichnet werden. Es ist weiter eine ganz elende Verleumdung, wenn in Schanzmacherblättern behauptet wird, die Agitatoren, unter denen man die Beamten versteht, verschlucken den größten Theil der mühsam aufgebrauchten Arbeitergroschen. Wie die Statistik nachweist, beträgt die Gehaltssumme ganze 2,55 pSt. der Einnahme, oder mit anderen Worten: Jedes Mitglied der Organisation zahlt zu dem Gehalt seiner Beamten pro Jahr nicht ganz 28 1/2 Pfennig. Die sachlichen Verwaltungsausgaben betragen 3,01 pSt. der Einnahmen, oder pro Kopf der Mitglieder 33,6 k. Wir haben erst vor Kurzem gezeigt, daß verschiedene große Innungen bis zu 50 pSt. der Einnahmen und darüber an Verwaltungskosten verpulvern. Das hindert z. B. das Rheinische Handwerkerblatt aber nicht, von Arbeiteragitatoren zu fesseln, die sich förmlich mästen von den Arbeitergroschen, obgleich persönliche und sachliche Verwaltungskosten zusammen nur 5,56 pSt. der Einnahmen betragen.

Die gesunde Entwicklung der Gewerkschaften zeigt sich ganz besonders in dem auf jedes Mitglied entfallenden Antheil am Rassenbestande des Berichtsjahres. Bemerkenswert sei, daß unter diesem Rassenbestande nicht der Gesamtvermögensstand gemeint ist, sondern der nach Abzug der Ausgaben von der Jahreseinnahme verbleibende Ueberschuß. Während 1891 nur 5 und 1896 und 1897 je 14 Organisationen vorhanden waren, die einen Rassenbestand von über M. 5 pro Mitglied aufzuweisen hatten, weist das Jahr 1898 deren 22 auf. Organisationen, die 1891 unter 50 k Rassenbestand pro Mitglied hatten, waren 15 vorhanden, im Jahre 1898 nur noch 2. Sehr zutreffend heißt es im Bericht der Generalkommission:

„Es ist dies ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Gewerkschaften immer mehr mit der Praxis brechen, die Mittel zur Kampfesführung erst während des Kampfes aufzubringen. Die Beiträge sind in den letzten Jahren fortgesetzt erhöht worden, und ist dadurch die bessere Rüstung für den Kampf ermöglicht. Es wird auch hier noch viel gethan werden müssen, bis die Gewerkschaften finanziell so gerüstet sein werden, um die Angriffe des Unternehmertums in dem Bewußtsein erwarten zu können, daß nicht gleich in den ersten Wochen eines Streiks oder einer Aussperrung die Hälfte nicht direkt beteiligter Kreise in Anspruch genommen werden muß.“

Wir können uns dieser Anschauung nur anschließen und geben der Hoffnung Raum, daß mit der Finanzierung der deutschen Gewerkschaften auch in den nächsten Jahren Fortschritte gemacht werden. Ueber Streiks und Streikvergehen in nächsten Nummern.

Schutzvorschriften für Betriebe mit Schmirgelscheiben.

a. Die häufigen Unfälle, welche durch das Zerspringen rotirender Schmirgelscheiben herbeigeführt werden, haben seit Jahren die Aufmerksamkeit der Techniker, Arbeiter und Fabrikinspektoren auf wirksame Schutzmaßnahmen gelenkt. Eine ganze Anzahl der verschiedenen Aufspannungs- und Klemmvorrichtungen sind seitdem konstruiert worden, die das Abfliegen angespannter Scheiben bei erhöhter Umlaufzahl verhindern sollen. (Wir kommen im Weiteren auf verschiedene dieser Konstruktionen zurück.) So hoch jedoch dieser rein mechanische Schutz auch anzuschlagen ist, so reicht er doch zur wirksamen Unfallverhütung nicht aus, da die geringste Nachlässigkeit oder falsche Anwendung von Seiten eines Ungeübten genügt, ein Unheil herbeizuführen. Außerdem verleiht das Bewußtsein, rein mechanisch geschützt zu sein, eine überangebrachte Sicherheit, die nicht selten zur Ursache von Unfällen wird. Bereits im Jahre 1896 erließ das preussische Gewerbeministerium einige Vorschriften an die Aufsichtsbeamten über die Prüfung der Sicherheit der Schmirgelscheiben, über deren Durchführung es sich im Jahre 1896 Bericht erstatten ließ. Die Berichte lauteten, wie immer in solchen Fällen, im Allgemeinen günstig; d. h. bei den Revisionen wurden entweder genügende Schutzvorrichtungen bereits vorgefunden oder die Anweisungen der Beamten bereitwillig angenommen. Gleichwohl bringt jedes Jahr eine Reihe dieser Unfälle in den Metall-, Holz-, Horn-, Eisen-, Leder- und sonstigen Berufen, welche beweisen, daß trotz mechanischer Schutzvorrichtungen und amtlicher Revisionen eben noch nicht Alles in Ordnung ist, weil es an der ständigen, verantwortlichen Ueberwachung dieser Betriebsstellen seitens der Betriebsleiter und Stellvertreter fehlt und weil ein Theil der Arbeiter

mit den nothwendigen Behandlungsvorschriften nicht genügend vertraut ist. Besonders fällt aber auch die schlechte Beschaffenheit der Schmirgelscheiben infolge mangelhafter Bindemittel, excentrischer Gewichtslagerung, rissiger und löcheriger Stellen zc. in's Gewicht, und oft passiert mit alten Scheiben, die Jahre lang tadellos liefen, plötzlich ein Malheur, das auf solche, erst unter Neben Umständen zur Wirkung gekommene Fehler zurückzuführen ist.

Der Gewerbeinspektor zu Marienwerder hat daher eine Reihe von Grundsätzen für Anschaffung, Aufstellung und Betrieb von Schmirgelscheiben ausgearbeitet, die wir dem 1898 er westpreussischen Inspektionsbericht entnehmen, um allen Kollegen, die mit Schmirgelscheiben hantieren müssen, Gelegenheit zu geben, sich gegen schwere Unglücksfälle zu schützen.

I. Anschaffung.

1. Schmirgelscheiben sollen nur von anerkannt guten und zuverlässigen Firmen bezogen werden.
2. Der Fabrikant muß dem Käufer Gewähr bieten für die Güte des Materials und insbesondere für die gute Beschaffenheit des bei Herstellung des Steines verwendeten Bindemittels.
3. Der Fabrikant von Schmirgelscheiben muß gegebenen Falls nachweisen können, daß die Widerstandsfähigkeit des Scheibenmaterials durch fortlaufende Untersuchungen geprüft ist.
4. Auf jeder Schmirgelscheibe sollen folgende Angaben verzeichnet sein. Name des Fabrikanten, höchste zulässige Umdrehungszahl, die Art des zur Scheibe verwendeten Bindemittels. Damit diese Angaben sich nicht beseitigen lassen können, ist ihre Einprägung mittelst Stempels zu empfehlen.

II. Aufstellung.

1. Jede Schmirgelscheibe ist bei Verladung und Transport vor Stoß sorgfältig zu bewahren. Bevor die Aufstellung beginnt, empfiehlt es sich, die Scheibe durch vorsichtiges Abklopfen mit einem leichten Hammer auf etwaiges Vorhandensein von Rissen zu prüfen. Wird durch den bei dem leichten Abhämmern sich ergebenden Klang festgestellt, daß die Scheibe Risse enthält, so ist sie überhaupt nicht in Betrieb zu nehmen.
2. Die Welle, auf welche die Schmirgelscheibe aufgezogen werden soll, muß so stark sein, daß die Biegeelastizität des Durchbiegens ausgeschlossen ist. Die Wellenzapfen müssen, außer genügender Stärke, eine große Auflagefläche haben. Diese wird dadurch erreicht, daß die Zapfenlänge etwa viermal größer genommen wird, als der Zapfendurchmesser. Die Welle darf sich innerhalb der Lager nicht verschieben lassen.
3. Hauptsache für einen gefahrlosen Betrieb ist eine sehr sorgfältige Aufstellung der Scheibe. Vor Allem muß der Schwerpunkt der ganzen rotirenden Masse im Wellenmittelpunkt liegen.
4. Die Ausbohrung der Schmirgelscheibe muß mindestens 2 mm im Durchmesser größer sein, als der Durchmesser der Welle, auf welche die Scheibe aufgezogen werden soll. Es ist zulässig, den dadurch entstehenden Zwischenraum zwischen Lochwandung und Wellenumfang mit einem leicht schmelzenden Metall (Blei) auszugießen.
5. Niemals darf eine Schmirgelscheibe auf einer Stelle durch Keile (Holz- oder Metall-) befestigt werden. Auch ist es niemals zu gestatten, daß Schmirgelscheiben durch Aufhängen auf konische Wellen mit ihren Lochwandungen auf den Wellenumfang aufgepreßt werden. Deshalb sind konische Wellen von vornherein für Schmirgelscheiben zu verwerfen.
6. Als zulässig ist nur die Befestigung der Scheibe auf der Welle mit eisernen Seitenbäden zu erachten. Die eine der beiden Seitenbäden legt sich gegen einen festen Bund der Welle, während die andere, nachdem inzwischen die Scheibe auf die Welle gebracht und bis zur ersten Seitenbade gehoben worden ist, mit einer Mutter, für welche das Gewinde in die Welle eingeschnitten ist, angezogen wird. Gegenmutter ist zweckmäßig, um ein Lösen der Verbindung möglichst zu verhindern. Zu starkes Anziehen der Mutter ist zu vermeiden. Zwischen den Scheiben und Seitenbädenwänden ist eine 2—3 mm starke, gleichmäßige, trockene Papp- oder auch eine Gummischeibe zu legen. Das Anziehen (Festmachen) der Seitenbäden durch Keile ist unzulässig.
7. Nach der Größe des Steines ist der ganze Unterbau für die Schleifmaschine zu bemessen. Hierbei ist zu beachten, daß eine Schleifmaschine, welche sorgfältig in allen ihren Theilen aufgebaut wurde, das Fundament weniger beanspruchen wird, als im gegentheiligen Falle, so daß also für vorzüglich ausgebaute Schleifmaschinen ein verhältnismäßig leichter Unterbau genügen wird. Die Seitenbäden der Schleifmaschinen, welche die Wellenlager aufnehmen, sind durch hinreichend starke Schrauben

auf dem Fundament zu befestigen. Für leichte Scheiben wird es genügen, die Maschine auf starke Schwellen zu stellen, welche entweder in das Erdreich eingelassen oder bei Aufstellung in höher gelegenen Räumen fest mit der Balkenlage der Decke verbunden sind.

III. Betrieb.

1. Nach vollendeter Aufstellung ist zunächst zu prüfen, ob die Scheibe schleudert (schlägt). Ist dies der Fall, so ist sie nachzudrehen oder es ist die Verlegung des Schwerpunktes nach dem Wellenmittelpunkt durch richtiges Ausgießen der Befestigungsbaden mit Blei zu erstreben.
2. Durch richtige Wahl des Durchmessers der Riemenscheiben ist eine Ueberschreitung der höchsten zulässigen Umdrehungszahl der Schmirgelscheibe zu verhüten.
3. Die Umdrehungszahl einer Scheibe ist so zu bemessen, daß die Umfangsgeschwindigkeit der Scheibe, welche vom jeweiligen Durchmesser derselben abhängig ist, nicht mehr beträgt als: 25 m pro Sekunde für Schmirgelscheiben mit Gummibindemittel *), 15 m pro Sekunde für Schmirgelscheiben mit mineralischem Bindemittel **), 35 m für Scheiben mit gewölbter Flanke.
4. Wenn auf einer Schmirgelscheibe sich keine Angaben über die höchstzulässige Umdrehungszahl befinden, so ist diese so zu bemessen, daß die Umlaufgeschwindigkeit nicht 15 m pro Sekunde übersteigt.
5. Der Antriebsriemen muß innen glatt sein. Er darf nicht schlagen; für ein allmähliges Ingangsetzen des Steines ist Sorge zu tragen. Die Wellenlager sind vor Staub zu schützen, häufiger nachzusehen, zu reinigen und zu ölen.
6. Wird zum Antrieb einer Schmirgelscheibe eine Riemenstufenscheibe genommen, so ist in deren Nähe ein Anschlag (Auszug) anzubringen, welcher dem Arbeiter Auskunft giebt, auf welche Scheibe der Treibriemen, je nach der Größe des Schmirgelsteines, aufgelegt werden soll.
7. Wird die Schmirgelscheibe elektrisch angetrieben, dann ist an dem Motor anzugeben, welche Schaltung der zulässigen Umlaufzahl des Steines entspricht.
8. Ungleichmäßiges starkes Anbrüden des zu schleifenden Gegenstandes an der Schleifscheibe erzeugt ein Unrundwerden der letzteren. Es ist zweckmäßig, durch ein geeignetes Gestell eine Handauflage zu schaffen, welche, um dem Umfang der Scheibe, auch bei ihrer Abnutzung, immer nahe zu sein, verschiebbar auf dem Gestell einzurichten ist.
9. Die Handauflage darf keinen erheblichen Zwischenraum zwischen sich und dem Scheibenumfang lassen, um das gefährliche Zwischenklemmen des zu schleifenden Gegenstandes zu vermeiden.
10. Wird eine mechanisch bewegte Vorrichtung (Support) zur Aufnahme eines zu schleifenden Gegenstandes angebracht, so ist dabei sorgfältig zu vermeiden, daß das Werkstück zu fest an die Scheibe gepreßt wird.
11. Ist eine Schmirgelscheibe unrund geworden, so muß sie mittelst Diamant- oder Feinswerkzeuges abgedreht werden. Ist dies in der eigenen Anlage nicht zu bewerkstelligen, so sind die unrunderen Scheiben von einer dazu geeigneten Fabrik (Schmirgelscheibenfabrik) nachdrehen zu lassen. Es ist streng verboten, unrunder gewordene Scheiben durch Abhämmern rund machen zu wollen. Dadurch können die für den Betrieb so gefährlichen Risse im Scheibenmaterial entstehen.
12. Dünne Schmirgelscheiben, z. B. solche zum Schärfen der Sägezähne, sind bei zu starker Anpressung des Schleifsteines beim Unrundwerden und sonstigen Unregelmäßigkeiten leichter der Gefahr des Zerspringens ausgesetzt, als starkwandige, und daher mit größter Sorgfalt zu behandeln.
13. Es ist unbedingt erforderlich, daß jede Schmirgelscheibe öfter, bei angestrengtem täglichem Betriebe aber alle Tage auf das Vorhandensein von Rissen, unrunder Stellen oder anderen Fehlern, welche das Zerspringen begünstigen, untersucht werde. Als fehlerhaft befundene Scheiben sind dann sofort außer Betrieb zu setzen. Besteht der wahrgenommene Fehler im Unrundlaufen, so ist die Scheibe erst nachzudrehen, bevor sie wieder in Betrieb genommen wird.

IV. Schutzvorrichtungen.

Das Zerspringen von Schmirgelscheiben hat die schwersten Unfälle, denen oft Menschenleben zum Opfer fielen, herbeigeführt. Als Ursache des Zerspringens sind anzusehen:

*) Also bei 20 cm Durchmesser = 2400 Umdrehungen, bei 30 cm Durchmesser = 1600 Umdrehungen, bei 40 cm Durchmesser = 1200 Umdrehungen pro Minute.
 **) Bei 20 cm Durchmesser = 1433 Umdrehungen, bei 30 cm Durchmesser = 955 Umdrehungen, bei 40 cm Durchmesser = 716 Umdrehungen pro Minute.

1. Die Schmirgelscheiben sind bei der Herstellung nicht vollständig getrocknet worden, weshalb das für den Schmirgel gebrauchte Bindemittel nicht wirken konnte und dadurch die Festigkeit der Scheibe gemindert wurde.

Hinlänglichen Schutz gegen derartige Vorkommnisse wird die durch den Lieferanten zu gewährende Sorgfalt bei Herstellung der Scheibe bieten (vergl. I, 1-4).

2. Die Schmirgelscheibe ist nicht sachgemäß auf die Welle aufgebracht worden (vergl. II).

3. Die Ueberföhrung der zulässigen Umdrehungszahl der Schmirgelscheibe, welche eintreten kann bei unrichtiger Ueberföhrung der Antriebscheiben, beim Durchgehen des Motors (vergl. III, 2-7).

4. Räden auf der Schleiffläche der Schmirgelscheibe, welche durch Ausbrechen von Stücken entstehen. In diesen Räden können sich die zu schleifenden Gegenstände leicht fangen.

5. Das Festklammern des Arbeitsstückes zwischen der Scheibe und der Auflageplatte des zu schleifenden Gegenstandes. Daher ist die letztere so nahe wie möglich an den Scheibenumfang zu rücken.

6. Die Mutter, welche die Scheibe zwischen die Seitenbacken preßt, ist zu scharf angezogen gewesen, wodurch Risse entstanden sind. Um Letzteres möglichst zu verhindern, sind zwischen Scheibe und Seitenbacken Zwischenlagen von Pappe oder Gummi anzuwenden.

7. Das Gefüge der Schmirgelscheibe ist ein ungleichmäßiges. Es befinden sich sogen. „Nester“ oder „Klüfte“ im Scheibenmaterial. Daher ist der Grundsatz unter I bei Anschaffung der Scheiben zu beachten. Die Fehler unter 6 und 7 bewirken oft erst nach längerer Betriebszeit, nach Abnutzung des Steines bis zu den betreffenden Fehlerstellen, ein Zerspringen der Scheibe. Daher ist unter III, 13 empfohlene Maßregel der öfteren Untersuchung der Schmirgelscheiben sorgfältig zu beachten.

Die Schutzvorrichtungen an Schmirgelscheiben haben den Zweck: 1. das Zerspringen der Scheiben nach Möglichkeit zu verhüten; 2. bei etwaigem Zerspringen der Scheiben die Flugstücke zurückzuhalten.

Zur ersteren Art der Schutzvorrichtungen gehört das Befestigen der Schmirgelscheibe auf der Schleifwelle mittelst Seitenbacken (vergl. II, 6). Die Form dieser Seitenbacken richtet sich nach der Gestalt der Scheibe. Von größter Wichtigkeit ist die Zwischenlage von Pappe oder Gummi zwischen Seitenbacke und Scheibenwand.

Zur zweiten Art der Schutzvorrichtungen gehören alle Schutzhügel und Schutzhäuben. Sie haben den Zweck, bei einem Zerspringen der Scheibe die Bruchstücke vollständig zurückzuhalten. Die Schutzhügel und Schutzhäuben müssen deshalb aus gutem Material (Schmiebeeisen) hergestellt sein. Gußeiserne Schutzhäuben sind völlig wertlos. Das zu den Schutzhügeln zu verwendende Eisenblech muß, sofern nicht Vollblech genommen wird, eine Stärke von mindestens 15 mm haben und die Schmirgelscheibe an den Seiten um mindestens 20 mm überragen. Der Schutzhügel muß äußerst stark mit dem Fundament verbunden sein. Er muß die Schmirgelscheibe so weit umgeben, daß nur die zum Schleifen erforderliche Fläche freibleibt. Die freien Enden des Schutzhügels müssen unter sich verstrebt sein, während das obere Ende des Hügelg außereinem auch noch mit dem Fundament fest zu verankern ist.

Die Grundsätze sind erläutert durch eine Anzahl von Abbildungen der verschiedenen Scheibenformen mit anschließenden Befestigungsbacken, die in der Regel die Hälfte bis 2/3 des Scheibendurchmessers umfassen. Je nachdem die Scheiben mit Nuten, Reliefringen, Abstufungen versehen oder einfach glatt oder mit verjüngender Dicke nach dem Scheibenumfang hingestaltet sind, müssen auch die Befestigungsbacken konstruiert sein. Bei ringförmigen Schmirgelscheiben können die Backen je zur Hälfte in die Ringöffnung hineinreichen, so daß die Backen die Scheibenwelle bilden.

Hierbei seien gleich die besonderen Schutzvorrichtungen verschiedener Konstrukteure erwähnt, die das Ausfliegen angeprungener Scheiben verhindern sollen. Die Döckelheimer Naxos-Schmirgel-Schleifradfabrik Fontaine & Comp. brachte eine Stahlbackenbefestigung bei konisch verjüngten Scheiben zur Anwendung, bei denen der Befestigungs-Schrauberring eingelassen ist. Eine Papierlage vermittelt die Verbindung zwischen Scheibe und Backe. Mit dieser Befestigung wurden zerschlagene Schmirgelscheiben bei zusammengefügteten Bruchflächen bis zur doppelten Umlaufzahl erprobt, ehe sie Spuren des Auseinandergehens zeigten. Die Firma Wiesner & Pape in Lübeck verwendet statt der Papierzwischenlagen elastische Gummiringe mit rundem Querschnitt, die in die Metallbacken genau eingelassen sind und die ein scharfes Anziehen gestatten, aber beim Zerspringen des Steines nicht mit herausgerissen werden können und die gesprungenen Stücke zurückhalten. Außerdem schiebt diese Firma zwischen Welle und Scheibe konische Gummi-

puffer ein, um die radiale Beanspruchung des Steines möglichst zu vermeiden.

Zahlreiche Konstruktionen sind hinsichtlich der Schutzhügel und Schutzhäuben vorhanden. Die Naxos-Schmirgelwerke Zul. Pfungst, Frankfurt a. M., bringen eine praktisch erprobte elastische Schutzhäube, bestehend aus zwei Gelenkketten, parallel zur Scheibe laufend und mit gemeinsamen Bolzen verbunden, zwischen denen sich ein starker Wellblechstreifen hindurchzieht, in Verkehr. Die Häube ist verstellbar und kann infolge ihrer Elastizität nicht einseitig durchschlagen werden. Die vorerwähnte Döckelheimer Firma hat wieder einen aus geöföhten Stahlbrahtband hergestellten Schutzhügel konstruiert, und eine ähnliche Schutzvorrichtung bringt die Akt.-Ges. für Schmirgel- und Maschinenfabrikation in Döckelheim in den Handel.

Alle diese Schutzvorrichtungen sind aber verhältnismäßig theuer und an alten Scheiben nicht immer leicht anzubringen, haben also in zahlreichen Fällen für die Arbeiter nur problematischen Werth. Desto mehr muß auf eine gute Beschaffenheit und sichere Befestigung der Scheiben geachtet werden, und eine sorgfältige Benutzung der obigen Schutzvorrichtungen bietet größere Sicherheit, als die Anbringung der neuesten patentirten Schutzvorrichtungen.

Der Trades-Unions-Kongress in Plymouth.

Die englischen Gewerkschaften haben vor 2 Wochen ihren jährlichen Kongress in Plymouth abgehalten. Außerordentliche Vorkommnisse sind auf dem Kongress nicht hervorgehoben. Es müßte denn der Ausschluß der Gewerkschaft der Maschinenbauer auf zwei Jahre dazu gerechnet werden. Aber nicht prinzipielle Differenzen haben dazu geführt, sondern das Verhalten der Maschinenbauer in einer verhältnismäßig untergeordneten Frage. Möglich ist allerdings, daß sich aus diesem vorübergehenden Ausschluß für die Zukunft noch wichtige Folgen ergeben können. Die Maschinenbauer sind nämlich, wie manche andere Gewerkschaft, mit der Schließigkeit des „parlamentarischen Komitees“, wie die oberste Geschäftsleitung heißt, nicht einverstanden. Ihr Wiedereintritt in zwei Jahren kann möglicher Weise den Anstoß zu organisatorischen Änderungen geben.

Vorläufig ist es indes wieder beim Alten geblieben. Während die Gewerkschaftsmitglieder sich mehr und mehr von den älteren Gewerkschaftsidealen, der ausschließlichen Vertretung von Berufsinteressen abwenden, bringt Ueberlieferung und Festhalten an den einmal bewährten Personen in der Leitung immer wieder eine Mehrheit von Gewerkschaften der alten Schule zusammen. Die Wahl des parlamentarischen Komitees am Ende der Verhandlungen gab wieder die nämliche Zusammensetzung: Eine Anzahl tüchtiger Routiniers, unter denen ein paar ausgeprobenere Sozialisten den Sauerreig bilden.

Die Beschlüsse des Kongresses kamen in ihrer überwiegenden Mehrheit auf den Ausbau der Arbeiterschutzbestimmungen hinaus. Wie sehr aber bereits die alte Manchestertheorie von den Gewerkschaften zum alten Effen geworden ist, ging daraus hervor, daß nicht nur für die Bergarbeiter, sondern in einem anderen Beschlusse ganz allgemein die gesetzliche Einführung des achtstündigen Arbeitstages gefordert wurde.

Wie steht es aber nun mit der Ausbreitung der eigentlich sozialistischen Idee, besonders mit dem Uebergang der Produktionsmittel in den Gemeinbesitz?

Eine allgemeine Debatte über diese Frage entspann sich nicht. Die älteren Gewerkschaftler haben keinerlei Versuch gemacht, den vorjährigen Beschlusse umzustößen, wohl in der Erkenntnis, daß ihnen das doch nicht mehr gelingen würde und daß ihre Aussicht, die Gewerkschaften für die praktische Politik vorläufig noch in den alten Geleisen zu halten, um so besser sei, je mehr sie es vermeiden, durch offene Opposition gegen die sozialistische Strömung einen neuen erfolgreichen Vorstoß derselben zu provozieren. Um so mehr tritt als Einzelkumgebung die Gründungsrede des Präsidenten des Kongresses hervor, die grundsätzlich und unumwunden sich auf sozialistischen Boden stellt. Wie üblich, wurde der Präsident von den örtlichen Gewerkschaften gestellt. Die Wahl fiel auf einen jungen, der sozialdemokratischen Föderation angehörigen Mann.

Gesoffe Vernon sagte: „Es ist mir wohl bekannt, daß die älteren Gewerkschaftler meinen, ihre gewerkschaftlichen Organisationen reichten aus, um allen industriellen Missethänden zu begegnen; aber im Lichte neuerer wirtschaftlicher Entwicklungen hat sich diese Annahme als trügerisch erwiesen. Es ist eine weit verbreitete Ueberzeugung, besonders unter den Anhängern vorgeschrittener nationalökonomischer Ideen, daß wir uns am Vorabend großer sozialer Katastrophen befinden, und dieser Ueberzeugung sind, glaube ich, die außerordentlichen Fortschritte beizumessen, die die entwickelteren nationalökonomischen Richtungen in den letzten Jahren gemacht haben. Die unablässige Kapitalvermehrung hat die Produktionsmittel und die Menge der Produkte bedeutend vermehrt; aber zu der nämlichen Zeit wurde dadurch die Arbeit verflacht, was auf die Lage der Arbeiter eine unheilvolle Wirkung ausgeübt hat. Und während die Gewerkschaften viel gethan haben und noch viel thun können, um die Lasten des Arbeiters zu erleichtern und sein Loos zu verbessern, können sie ihn nicht emanzipieren.“

Die Unternehmer des Landes verbünden sich; die Arbeiter folgen ihnen nach. Das bedeutet den wirtschaftlichen Kampf; wir leben in der Lat in dessen Mitte; aber er wird schärfer werden von Jahr zu Jahr. Wäre es nicht verhängnisvoll, wenn die Arbeiter darnach strebten, die Ursachen dieses ständigen wirtschaftlichen Kampfes zu beseitigen, anstatt sich auf ihn vorzubereiten? Das könnte sehr wohl geschehen. Wenn die Arbeiter nur ihre kleinen Meinungsverschiedenheiten und Vorurtheile bei Seite lassen und ihre Energie, die sie jetzt in weisföchtigen Kämpfen verzetteln, einer größeren Sache, der Durchführung eines besseren Wirtschaftssystems, widmen wollten, so würde der Lohn dafür nicht lange auf sich warten lassen.“

Vernon ging aber auch noch direkt der Thorheit der englischen Arbeiter zu Felde, die Vertretung ihrer Interessen im

Parlamente den Mitgliedern bürgerlicher Parteien zu überlassen. Er sagte:

„Diese Herren, gegen die ich persönlich nichts einzuwenden habe, sind nur bei der Hand, wenn es gilt, für ihre eigenen Interessen oder die Interessen ihrer Freunde die Gesetzgebung in Bewegung zu setzen. Aber ihre Interessen sind nicht die Euren; sie leben und bewegen sich in einer anderen Welt. Gelegentlich sind sie herablassend genug, Euch einen Brocken zugumwerfen, und das häufig nur, um der Gegenpartei einen Streich zu spielen, so daß die Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter stets sehr geringwertig geblieben ist. Sie kann bedeutend wirksamer gemacht werden. Ich hoffe, daß die Frage der Arbeitervertretung ernsthaft von Euch erwogen wird. Die Arbeiter Englands haben immerhin ein Wahlrecht, das ihnen die Durchföhrung einiger Kandidaten ermöglicht, aber sie scheinen nicht genug Grundsätze zu besitzen, um diese eigene Vertretung zu einer Thatsache zu machen. Gäßen wir eine angemessene Vertretung im Parlament, so würden die Schwierigkeiten, die sich jetzt der Durchföhrung der einfachen Arbeiterschutzgesetze entgegenstehen, sofort verschwinden.“

Ähnliche Aeußerungen sind auch in früheren Erdöffnungsreden der Trades-Unions-Kongresse zu verzeichnen gewesen. Niemals aber ist so unumwunden dem proletarischen Kampfe von einem Kongresspräsidenten das Wort geredet worden.

Die offensibare Ausbreitung sozialistischer Ideen unter den Gewerkschaften und die wachsende Neigung, sich von der Verbannung der bürgerlichen Parteien im politischen Leben zu emanzipieren, hat nun aber auch noch einen praktischen Ausdruck erhalten auf dem Kongress in dem Beschlusse, einen Ausschuß einzusetzen, der alle Organisationen der Arbeitnehmer ganz, also außer den Gewerkschaften auch noch die Genossenschaften und die sozialistischen Parteigruppen, zur Erörterung der Frage einladet, wie eine besondere Interessenvertretung der Arbeiterklasse im Unterhause außerhalb der bürgerlichen Parteien in's Leben gerufen werden kann. Das ist ein Schritt zur Begründung einer selbstständigen Arbeiterpartei, die, wie die Dinge nun einmal liegen, nur ein sozialistisches Programm haben kann.

Nun kann die Entwicklung in zwei Richtungen gehen: Entweder gelingt es dem Ausschuß, aus dem Zusammenwirken der bestehenden gewerkschaftlichen und politischen Organisationen eine lebensfähige Arbeiterpartei in's Leben zu rufen, was indes wegen der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten höchst zweifelhaft erscheint; oder die Unmöglichkeit, auf diesem Wege zum Ziele zu gelangen, führt in wachsendem Maße die Arbeiter zum Anschluß an die bestehenden sozialistischen Parteigruppen (Social Democratic Federation und Independent Labour Party) und schließlich zu deren Zusammenschluß zu einer lebenskräftigen sozialistischen Partei.

Jedenfalls bedeutet jener Beschlusse, historisch betrachtet, einen entschiedenen Schritt der Gewerkschaften zur Wiederaufnahme der Politik einer selbstständigen Arbeiterpartei, auf die sie mit Preisgebung der Chartistenbewegung verzichtet hatten.

Alles in Allem genommen beweist also auch dieser Kongress in Plymouth, daß die englischen Gewerkschaften sich langsam aber langsam, wie das englische Art ist, aber doch sicher zu einer selbstständigen sozialistischen Parteibewegung durcharbeiten. Verschiedene Ansätze dazu sind gemacht worden. Wir haben die beiden sozialistischen Parteigruppen; wir haben die Föderation der Gewerkschaften, die gewissermaßen den wirtschaftlichen Untergrund für die politischen Einigungsbestrebungen abgibt, wir haben schließlich den Ausschuß für selbstständige Arbeitervertretung im Parlament.

Daß der Kongress schließlich noch gegen einen Krieg Englands mit dem Transvaal entschieden Verwahrung eingelegt hat, und zwar gegen nur zwölf Stimmen, ist gleichzeitig ein Beweis für den wachsenden Einfluß des sozialistischen Elements und den Entschluß der Gewerkschaftler, ihre Stimme in die Waagschale der Weltpolitik zu werfen.

Der Raum der englischen Gewerkschaften hat politische Früchte angefeht; sie werden auch zur Reife kommen.

Die Berliner Bürsten- und Pinselmacher

beschäftigten sich in einer am 17. September stattgefundenen, gut besuchten Branchenversammlung mit dem Thema: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche und sind die Kollegen gewillt, dieselben zu verbessern?“ Kollege Wiese giebt ein Bild über die Entstehung der Organisationen und geht dann des Weiteren auf die Arbeitsverhältnisse in unserer Branche näher ein. Er zieht hierbei den 1896 errungenen Lohnarif in Betracht und beiont, daß derselbe heute nicht mehr maßgebend sei, weil die Preise durch das verwerfliche Akkordsystem zu weit herabgedrückt seien. Redner ist der Ansicht, daß nur durch Anschluß aller Kollegen an den Deutschen Holzarbeiterverband und durch festiges Zusammenwirken es möglich wäre, dann für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten. In der Diskussion wirft Kollege Bauer die Frage auf, ob es bei der jetzigen Konjunktur geboten wäre, in eine Lohnbewegung einzutreten. Er ist der festen Ueberzeugung, daß, wenn Jeder seine traurige Lage eingesehen hat und das Bewußtsein in sich trägt, dieselbe zu verbessern, so würde es ein Leichtes sein, dasselbe durchzuführen. Er tritt lebhaft ein für Verkürzung der Arbeitszeit, für Abschaffung der Akkord- und Sonntagsarbeit und Beseitigung der Hausindustrie. Kollege Denker sagt, die Lage der Bürstenmacher ist, wie die Statistik zeigt, anderen Berufen der Holzarbeiterbranche gegenüber als die schlechteste zu bezeichnen. Mit kräftigen Worten ermahnt er alle Kollegen, sich aufzuraffen und für eine bessere Existenz zu kämpfen, indem uns im Fall eines ersten Streiks der Deutsche Holzarbeiterverband als beste Waffe zur Seite steht. In der weiteren Diskussion beteiligten sich noch die Kollegen Zidel, Fritzsche und Müller, die sich ebenfalls in demselben Sinne aussprachen. Da auch einige Arbeitgeber anwesend waren, so erbat sich einer derselben, Herr Barowski, das Wort und erklärte sich hoch und ganz mit den Ausführungen einverstanden. Er wie ein großer Theil seiner Kollegen wünschten, daß die Bürstenmacher Verlust in eine Lohnbewegung eintreten würden. Nach einem Schlußwort des Kollegen Wiese gelangte folgende Resolution zu: einstimmigen Annahme:

1. In Anbetracht der traurigen Lage in unserer Branche beauftragt die am 17. September tagende Branchenversammlung der Bürsten- und Pinselmacher behufs Beseitigung ihrer Lage die Kommission, mit den Kollegen sämtlicher Werkstätten Berlins und Umgegend in Verbindung zu treten, um die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in allen Werkstätten zu ermitteln

2. Verpflichten sich sämtliche Kollegen, dem Deutschen Holzarbeiterverbande beizutreten, für denselben zu agitieren und in jeder Hinsicht zu wirken.

Es tauchte noch von mehreren Seiten die Befürchtung auf, daß durch auswärtige Ueberfluthung von Arbeit, wie aus Neu-Kruppin, Rathenow usw. ein Streit in die Länge gezogen werden könnte. Dies wurde jedoch von Herrn Baronski widerlegt, indem er erklärte, daß diese Arbeit für Berlin garnicht maßgebend ist. In Anbetracht Dessen kommt eine zweite Resolution zur Abstimmung:

„Die Branchenversammlung beauftragt den Gauvorstand, in der Umgegend Berlins, wo Bürstenmacher beschäftigt sind, Versammlungen anzuberaumen, in denen nach Beseitigung der Lebensbedingungen der Bürstenmacher gestrebt wird.“

Dieselbe wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Zur Arbeitslosenunterstützung.

In der Mitgliederversammlung der Zahlstelle Furtwangen sprachen sich die meisten Kollegen gegen die obligatorische Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus. Für die Großstädte möge dieselbe von Vortheil sein, für die kleineren aber entzweien von Nachtheil, denn an ein Steigen der Mitgliederzahl in den kleinen Zahlstellen sei mit einem erhöhten Beitrag nicht zu denken.

Rundschau.

Noch ein Versammlungsverbot in Sachsen-Weimar.

Derselbe Bürgermeister Kändler in Wenigenjena, welcher die Versammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes sprechen wollte, verbot auch eine solche, für welche der Zimmerer G. E. als Referent bestimmt war. Grund: Weil dessen „aufreizende Sprechweise genügend bekannt ist“.

Die Arbeiterschaft in Sachsen-Weimar wird also außerhalb des Gesetzes gestellt und dürfte nur dann Versammlungen abhalten können, wenn dieselbe ein frömmelndes, augenverdrehendes und in herzoglich-weimarischer Unterwürfigkeit erprobter Wacklappen zum Referenten bestimmt wird. Energetische Männer aus dem arbeitenden Volke dürfen zu ihren Berufsgenossen nicht rufen. So will es der dreimal gebenedeierte Bürgermeister von Wenigenjena.

Die Zuchthausvorlage richtet sich gegen das Koalitionsrecht selbst und nicht nur gegen „Ausfchreitungen“.

So verplaudert sich das Organ des für die professionismäßige Verleumdung der Arbeiter mit M. 15 000 bezahlten Schweinburg. Das Blatt, „Die Westfäl. Nachr.“ sind gemeint, drückt einen Satz ab aus dem Bericht des soz. Parteivorstandes, welcher besagt, daß in den westlichen Industriebezirken die Arbeitervereinigungen, unbekümmert um ihre religiöse oder politische Richtung, mehr als früher Hand in Hand gingen. Dazu sagt das zuchthausähnliche Blatt:

„Diese Dinge gewinnen um so mehr Bedeutung, als die Entscheidung über die Vorlage zum Schutz der Arbeitswilligen herannahet; da ja deren Gegner vor Allem schrankenlose Koalitionsfreiheit fordern und von kirchlicher Seite gerade durch erweiterte Organisation der „christlichen“ Arbeiter der sozialdemokratischen Organisation entgegen gearbeitet werden soll. Wir verkennen nicht, daß letzterer Gedanke etwas Verführerisches und einen idealen Charakter hat, daß auch evangelische wie katholische Arbeitervereine gegen die Sozialdemokratie einige Erfolge aufzuweisen haben mögen. Das berührt die Sache nicht die große in ihr liegende Gefahr. Die Erfahrung hat bereits gezeigt, wie auch „christliche“ Arbeiterorganisationen zu ganz unheimlichen Forderungen und mehr oder weniger in sozialdemokratischer Fahrwasser gekommen sind; die radikalen Elemente bekommen eben überall leicht Oberwasser und der unvorsichtigen Führung gleiten die Räder aus der Hand. Dazu werden, wenigstens vorerst, selbst von geistlicher Seite, Prinzipien aufgestellt, die bei der thatsächlichen Lage der Dinge geradezu bedenklich wirken müssen.“

Demüthiger kann nicht darrathen werden, wofür die Unternehmer schuld sind. Die „unberechtigten Forderungen“ der Arbeiter sind es, welche unter dem Vorwand der Bekämpfung von terroristischen Uebelthaten aus der Welt geschafft werden sollen. Selbst das zahme Auftreten der unter geistlichem Einfluß stehenden Arbeitervereine wird den Alleinherrschaftsgelüsten der Kapitalisten zuwider. Alle diese Organisationen sollen vermittels des neuen Zuchthausgesetzes geschminkt und beseitigt werden.

Wie die Zeilenschinder der Unternehmerpresse über die „hohen“ Gehälter der Arbeiterbeamten herziehen. In Berlin erscheint ein Organ, das sich „Die Arbeiterbewegung“ nennt. Dies Schmierblatt hatte sich anfangs die Aufgabe gestellt, die Arbeitgeber in „sachlicher“ Weise über die Vorgänge in der Arbeiterbewegung zu unterrichten. Ist dann aber nach ganz kurzer Zeit davon abgetrennen, weil die Herausgeber des Blattes sich dem Willen der Unternehmer fügten, und da ja diese „saubere“ Gesellschaft das Unternehmen nicht mehr unterstützen hätte. Wie nachfolgende Notiz zeigt, hat sich das Blatt nun vollständig geistig prostituiert und bewirkt die Arbeiter mit Schmutz wie es Schweinburg nicht besser machen kann. Es schreibt:

„Die Agitatoren leben und genießen. Familienlich brauchen die sozialdemokratischen Gewerkschaften im Jahre 1898 M. 5 508 667 auf und gaben davon M. 4 279 726 aus. Hier von jenen Agitatoren einen großen Theil zunächst wurden angegeben für Agitation M. 136 329, für die Verbandorgane, an denen die Agitatoren bekanntlich als Redaktoren, Administratoren, Expedienten angeheftet sind, M. 518 949, für Redaktions M. 43 378, für Gemeinlichkeitsunterstützung M. 39 978, für Reiseunterstützung M. 23 267. Aus dem Kapitel „Arbeitslosenunterstützung“, M. 275 404, werden die Agitatoren auch ihr Theil bezogen haben. Für Fortreisen und Generalversammlungen, auf denen bekanntlich nur die Agitatoren zu erscheinen pflegen, wurde noch bei dieser Summe von M. 58 928 bezahlt. Die Hauptstellen zählen an Gehältern M. 140 423, geben für Bewältigungsmittel jege und Schreibe M. 165 928 etc. Aus jeder dieser Posten werden die Agitatoren bezahlt, sie müssen in der That ein grandioses Leben führen können. Das geht dem Arbeiter die Augen auf.“

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu treffend: „Diese Art und Weise, Leute zu verdächtigen und zu beschimpfen, die durch das Vertrauen ihrer Genossen erst an die verantwortungsvollen Stellen gestellt wurden und die jede Minute wieder davon entfernt werden können, sofern sie sich des in sie gesetzten Vertrauens unwürdig erweisen — diese Art und Weise der Verdächtigung steht auf der gleichen Höhe, wie wenn ich zu Jemandem sage: „Ich will zwar nicht behaupten, daß Sie meine Stiefel gestohlen haben, aber die Stiefel, die Sie da an den Füßen tragen, sehen genau so wie die mir gestohlenen aus.“ Es gehört thatsächlich ein ganz außergewöhnlicher Grad von Unberfrorenheit dazu, ohne jedwede Kenntniß der thatsächlichen Verhältnisse in dieser Weise die Gewerkschaften und deren Angestellte anzupöbeln.“

Man kann ja von den Preplakaten des Unternehmertums nicht verlangen, daß dieselben die Gewerkschaften und deren Institutionen als eine Nothwendigkeit anerkennen; aber zum Mindesten sollte man den Angestellten und Rekrutieren der Gewerkschaften das zu Gute halten, daß sie ihre Thätigkeit aus innerster Ueberzeugung ausüben, also moralisch doch weit höher stehen, als die Leute, die bloß für Geld sich dazu hergeben, ohne, oder mitunter sogar gegen ihre Ueberzeugung, zu denken und zu schreiben.

Es kann doch nicht lauter Gefinnungslumpen geben.“

Eine Handwerkerpartei zu gründen hat der am 17. September in Würzburg tagende 18. bayerische Handwerkerkongress in ernste Erwägung gezogen. Gegen solch' einen Plan wendet sich sehr energisch das „Neue deutsche Handwerkerblatt“, indem es hervorhebt, daß sich die Handwerker wohl als Stand, nicht aber als Partei organisiren könnten. Eine Parteipolitik habe für die Handwerker keinen Werth, wie dies aus der Stellungnahme des Zentrums zum Gesetzentwurf, betr. Schutz der Arbeitswilligen, hervorgehe. Das Zentrum habe, wie Bauer aus München in Würzburg erklärte, nur deshalb gegen den Entwurf gestimmt, weil dies durch die Nützlichkeitnahme auf die hinter ihm stehenden katholischen Arbeitervereine und in Vertretung anderer Interessen dazu gezwungen worden sei. In der zur Annahme gelangten Resolution wurde dann die Forderung nach dem Gesetzentwurf mit der Devise des Handwerkerkongresses begründet: „Frei von allen politischen und konfessionellen Tendenzen.“ Sehr richtig bemerkt das „N. d. Handwerkerblatt“, „Partei sein und gleichzeitig frei sein von allen konfessionellen und allen politischen Tendenzen, das ist ein Unding.“

Das Handwerkerblatt kann aber nicht umhin, trotzdem es die Parteipolitik im Handwerk nicht billigt, gewissermaßen zu bebauern, daß die Forderung eines Zuchthausgesetzes für die Arbeiter, wie die Verhältnisse jetzt noch im Handwerk liegen, noch nicht mit allem Nachdruck durchgesetzt werden kann, und deshalb will das Blatt, die Sache einseitigen lieber gehen lassen, wie es geht. Also nach so ein Wischen Parteipolitik ist auch das „Neue deutsche Handwerkerblatt“ lästern, wenn die Handwerker nur erst die Macht hätten, das Zuchthausgesetz ohne fremde Hilfe durchzubringen. Daß sie ihre Ohnmacht noch fühlen und insolge dessen nicht offensiv vorgehen, beweist die Thatsache, daß die an anderer Stelle erwähnte Petition an den Reichstag selbst im Reich des Verfassers, des Münchener Buchbinders Nagler, den schärfsten Widerspruch findet. Das genannte Blatt fürchtet, daß, wenn die selbständige Handwerkerpartei fertig und dann doch nichts ausrichten könne, weil die Zahl der Reichsboten doch zu kläglich ausfallen könnte — man sich die Freundschaft der Konservativen und ganz besonders des Zentrums verscherge. Es sei deshalb recht untaftlich, heute, wie „die Herren Nagler und Konsorten“ es thun, auf das Zentrum loszuhauen, sintermalen das Zentrum doch so viele Handwerkerwünsche laut seinem Programm befriedigen will.

Auf das ansehnend ernste Gebahren des „N. d. Handwerkerblattes“ ist aber ebenso wenig Werth zu legen, als auf die Rabulistikerei eines Nagler und dessen Konsorten; denn es wirft die eben noch verteidigten Grundzüge: „Der Handwerker darf weder politischen noch konfessionellen Tendenzen in seiner Organisation huldigen“, in einem Athemzuge wieder über den Haufen. So sagt das Blatt: „Wenn man das Zentrum die Arbeiter und die Landwirthe bevorzugt, so ist das seine Sache, wenn es uns nur gerecht wird — und das thut es —, dann geht uns der Rest nichts an. Uebrigens sind die Handwerker selbst Schuld daran, wenn eine solche Bevorzugung Platz greift. Warum regen sie sich nicht besser und streben nach Einfluß auf ihre Parteien? Die katholischen Handwerker zumal sollen es machen wie die katholischen Arbeiter auch, sie sollen sich organisiren und dann ihre Geistlichen und Abgeordneten in ihre Mitte einladen, sollen ebenfalls in Massen auf die Katholikentage ziehen, dann wird von einer Bevorzugung der Arbeiter durch das Zentrum bald keine Rede mehr sein. Und wir glauben, daß das Zentrum über ein solches Beginnen der katholischen Handwerker garnicht unzufrieden wäre.“

Das glauben wir nämlich auch. Wenn das Zentrum aus anderen Kreisen so viel Stimmvieh, wie es gebraucht, haben kann, dann wird man flugs die weniger sozialpolitischen Proben aus dem Programm hinauswerfen und den Handwerkern nachlaufen. Das Zentrum braucht dann keine Rücksicht mehr zu nehmen auf die katholischen Arbeitervereine, ihm steht dann ungenirt als heute der Weg offen, vollends sich zu einer Regierungspartei zu verhöfeln, und dann — darin hat das „Handwerkerblatt“ zweifellos richtig kalkuliert — blüht der Weizen aller Zünftler und Reaktionäre.

Flotter Geschäftsgang im Schiffbau. Die Aktien-Gesellschaft „Hovalds Werke“ Schiffsverfertiger in Kiel, veröffentlicht ihren Geschäftsbericht, dem wir Folgendes entnehmen: „Die Beschäftigung der Werke hat im laufenden Geschäftsjahre erheblich zugenommen. An Aufträgen sind noch zu erledigen M. 8 293 000 gegen M. 6 292 000 in der korrespondierenden Zeit des Vorjahres. Bis Ende Mai dieses Jahres sind 10 Schiffe und Waaren im Werthe von M. 3 859 245 gegen 9 Schiffe und Waaren im Werthe von M. 3 306 890 im Vorjahre zur Abfertigung gelangt. Die Werke beschäftigen zur Zeit über 2300 Arbeiter. In dem laufenden Geschäftsjahre sind zur Berggründung der Hovaldswerke Maschinenbeschaffungen und Bauten zum veranschlagten Werthe von M. 600 000 ausgeführt. An Grundstücken sind neu erworben 12 ha 85 a 94 qm im Kaufpreise von rund M. 322 500. Der Gesamtgrundbesitz der Hovaldswerke umfaßt zur Zeit ein Areal von 28 ha 73 a 61 qm.“

Daß das Geschäft aber auch für die Aktionäre günstig war, zeigen die Dividenden. In den Jahren 1893 und 1894 wurden je 8 pSt., 1895 6 pSt. und in den letzten Jahren 7 pSt. vertheilt. Das Aktienkapital, das seit 1896 8 Millionen M. betrug, ist seit dem 28. März 1899 auf 4 Millionen M. erhöht worden. Rechnet man zu dem Reingewinn, welchen die Aktionäre für ihre „schwere Arbeit“ einsteckten, noch die Summen für den Reservefonds und die Lantienmen hinzu, ergibt das einen Gesamtreingewinn von M. 280 507 = neun pSt. des Aktienkapitals. Ein anständiger Verdienst für mühslose Arbeit! Ob angeht, der oben erwähnten günstigen Geschäftslage auch die Arbeiter auf eine Aufbesserung ihrer Löhne hoffen dürfen? Die Arbeiter mögen einmal fragen, wir wetten, daß ihnen gegenüber schlechter Geschäftsgang vorgekündigt wird!

Die Regelung der Hausindustrie in Oesterreich. Der 6. allgemeine österreichische Gewerbetag nahm eine Resolution an, wonach die Hausindustriearbeiter unter die Bestimmungen des Gewerbegesetzes und des Arbeiterschutzes zu stellen sind. Jeder Fabrikant oder Gewerbetreibende solle verpflichtet werden, seine Arbeiter in seinen eigenen Lokalitäten zu beschäftigen. Weiter wurde beschlossen, daß, soweit ein Verbot der Frauen- und Kinderarbeit in der Hausindustrie noch nicht erreicht werden könne, sie den allgemeinen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter untergeordnet werden solle. Die Verhandlungen des Gewerbetages zeigen weiter sehr deutlich, daß das Handwerk in Oesterreich trotz seiner strengen Gewerbebegrenzung und seines Beschäftigungsnachweises der Großindustrie erliegen muß. Daher die vielen Anträge, welche die großindustriellen Betriebe in ihrer Produktivität beschränken wollen, dadurch, daß die Regierung verpflichtet werden soll, alle Lieferungen nicht an die Großunternehmer, sondern an das Kleingewerbe zu übertragen.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

7. Gau. Vorort Magdeburg.

Abrechnung für das erste Halbjahr 1899.

In unserem Gau ist noch ein großes Feld zu beackern und alle Kräfte sind zu einer intensiveren Thätigkeit anzupspannen, wenn das Erregene festgehalten werden und andererseits eine Besserung der Erwerbsverhältnisse eintreten, den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechend sich gestalten sollen. Namentlich müssen in den verchiedenen Zahlstellen die Kollegen dahin trachten, stabilere Verhältnisse unter den Verwaltungsbeamten herbeizuführen und die älteren ansässigen Kollegen für den Versammlungsbesuch zu interessiren suchen; denn diese, die den Stamm an Orte bilden sollten, halten es vielfach nicht der Mühe werth, in den Versammlungen zu erscheinen und mit Belehrungen den jüngeren Kollegen an die Hand zu gehen und andererseits auch selbst Belehrung zu finden. Wohl ist ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen, aber nicht ein solcher, wie er sein müßte gegenüber der herrschenden günstigen Geschäftslage. Neu gegründet wurden die Zahlstellen Wöckern und Stafffurt. Versammlungen fanden statt 25, und zwar in Wöckern 2, Bernburg 2, Burg 1, Cöthen 2, Dessau 2, Diesdorf 1, Halle 1, Magdeburg 2, Oldensfeld 1, Roslau 1, Salbke 1, Schönebeck 2, Stendal 1, Zerbst 3 und je eine in Witterfeld, Cracau, Wöckern; in letzterem Ort bestand zur Zeit noch keine Zahlstelle. Eingegangen ist die Zahlstelle Salbke. Aufträge seitens des Vorstandes wurden 14 erledigt, Kassenrevisionen fanden 4 statt, Delitsch, Garbelegen, Salbke und Stendal. Bei Streiks und anderen Streitigkeiten wurde der Gauvorstand in Anspruch genommen in Zerbst dreimal, Bernburg ein-, Burg vier-, Wöckern ein- und Wöckern dreimal; zu sonstigen Angelegenheiten (Unterstützungen zc.) Zerbst, Halle, Witterfeld.

Einnahme.

Kassenbestand vom vorigen Halbjahr	M. 232,11
Beiträge aus der Hauptkassa	315,24
Freiwillige Beiträge aus den Zahlstellen (Wöckernleben M. 3, Budaun 2,50, Burg 13,50, Cöthen 4,85, Dessau 12, Magdeburg 6, Neustadt 6,25, Roslau 2, Wilhelmstadt 1,75, Zerbst 1,95)	58,80
Sonstige Einnahme	27,70
Summa ..	M. 628,85

Ausgabe.

Für Diäten und Fahrgebeln an Referenten	M. 329,80
sonstige Reisen	99,35
Druckfachen und Inserate	21,40
Porto und Schreibmaterial	22,60
persönliche Verwaltungskosten	15,—
sonstige Ausgaben	12,78
Kassenbestand für nächstes Halbjahr	127,92
Summa ..	M. 628,85

Die Korrespondenz beläuft sich im Berichtshalbjahre auf 106 eingegangene Briefe und Karten, 111 abgeordnete Briefe und 55 abgeordnete Karten.

Kollegen! Gegenwärtig tobt der Kampf unserer Kollegen im 7. Gau, in Burg, in Halberstadt und Dessau. Auch wissen wir noch nicht, wo ein solcher durch das Vorgehen der Arbeitgeber ausbrechen wird. Daher ist es Aufgabe Aller, an dem Organisationswerke mitzuarbeiten und sich nicht auf einzelne Personen zu verlassen und zu glauben, jene seien dazu da, um Alles in die Wege zu leiten. Ein Jeder muß seine Kräfte in den Dienst der Organisation stellen und der Gauverwaltung Mittel und Wege bieten, daß sie wiederum mit erneuter Agitation einsetzen kann.

Wenn vorstehender Bericht etwas spät gegeben wird, so ist es durch den Wechsel von Personen wohl zu entschuldigen.

J. A.: Fr. Wahle, Berlinerstr. 9.

15. Gau. Vorort Hamburg.

Bericht des Gauvorstandes für die Zeit vom Januar bis 1. Juli d. J.

Verzögert wir im vorigen Bericht lobend anerkannten, daß wir von den einzelnen Zahlstellen mit ausreichenden Berichten versorgt wurden, so ist diesmal das Gegenteil der Fall, nur Gebrüder macht eine rühmliche Ausnahme. Wir müssen daher, soweit unsere eigene Kenntniß der Dinge reicht, versuchen, ein Bild über die Verhältnisse in unserem Gau zu geben.

Versammlungen wurden in allen Orten, außer Lauenburg und Uetersen, ja sogar in manchen Orten zwei und drei, die meisten aber wurden diesmal in Hamburg, und zwar 98, abgehalten. Wir erwähten schon damals, daß es in Hamburg noch der intensivsten Agitation bedürfe, um den Prozenzfuß der Organisierten gegenüber den kleinen Orten zu erreichen. In Anerkennung der Verhältnisse beschloß denn auch der Gauvorstand, diese Arbeit in Angriff zu nehmen. Daß dieselbe durch Einberufung von allgemeinen Versammlungen, um einen nennenswerten Erfolg zu erzielen, nicht gemacht werden konnte, war uns von vornherein klar, und so wurde denn der Bevollmächtigte der Zahlstelle damit beauftragt, die Agitation in den Werkstätten zu betreiben. Daher auch die große Anzahl von Versammlungen, die ja dann auch in Bezug auf die Gewinnung von Mitgliedern einen großartigen Erfolg aufzuweisen hatte. In Verbindung mit dem von der Zahlstelle seit August v. J. eingeführten System der Hauskassierung ist es uns gelungen, die Mitgliederzahl von 1862 bis Ende des zweiten Quartals auf 2876 zu bringen und gegenwärtig ist dieselbe auf 2700 gestiegen. Und noch ist die Möglichkeit vorhanden, daß die Mitgliederzahl, wenn in der Agitation fortgefahren würde, 3000 erreichen könne. Freilich, leicht ist eine solche Arbeit nicht. Der Wechsel in einem Teil der Werkstätten ist groß und wenn man dann die Fluktuation des ledigen Elements in einer Großstadt mit in Betracht zieht, welches ja meist mit den drückenden Verhältnissen nicht vertraut ist, so wird man begreifen, wie schwer es uns hier wurde, diese und auch die ansässigen Indifferenten für die Organisation zu gewinnen. Und welches sind nicht alles die Gründe, welche gerade von den Letzteren hervorgehoben werden, um sich ein „Mantelchen“ umhängen zu können, das ihnen gewissermaßen den Schein eines Rechts giebt, der Organisation fern bleiben zu dürfen. In Hamburg, der sozialdemokratischen Hochburg, sollte man annehmen, daß es keinen ansässigen Arbeiter gebe, der im Zweifel darüber sein könnte, daß es seine Pflicht ist, auch seiner Berufsorganisation angehören zu müssen; aber dem ist leider nicht so. Auch hier giebt es sehr viele Berufsgenossen, die sich gerne von Anderen die Kastanien aus dem Feuer holen lassen.

In Geesthacht haben sich durch die Uebernahme der Glasfabrik Gebr. Meier durch den Fabrikanten Ahrens in Hamburg die Verhältnisse insoweit gebessert, daß die dort beschäftigten Korbmacher doch nun wenigstens ihren sauer verdienten Lohn erhalten. Bleibt auch noch Manches zu wünschen in Bezug auf die Lohnverhältnisse, so wird mit der Zeit durch die Organisation auch hierin Wandel geschaffen werden. Die Lage der Korbmacher hier im Norden ist nun einmal eine der traurigsten.

In Segeberg haben die Tischler ihre damals sehr niedrigen Löhne durch fortwährendes Drängen und unter Beunugung der günstigen Konjunktur vermocht, in die Höhe zu bringen, so daß, wo sonst pro Woche M. 5-6 bezahlt wurden, dieselben heute M. 6-8 erhalten. In Glückstadt wurden die Forderungen der Kollegen ohne Streit bewilligt. In Lüneburg mußten die Kollegen hart um die 9stündige Arbeitszeit kämpfen, und schon halb gewonnen, hat man ihnen dieselbe wieder entzogen, wogegen die Kollegen in Schiffel dieselbe Arbeitszeit bei M. 24 Minimallohn, sowie ihre sämtlichen Forderungen, sowie auch Freigabe des 1. Mai, ohne jeden Streit errungen haben. In Wandsbek wurde diesen Sommer nun ebenfalls die neunstündige Arbeitszeit eingeführt, so daß auf dem ganzen Städtekomplex dieselbe als durchgeführt gilt; auch haben die angrenzenden Orte die 9stündige Arbeitszeit, ausgenommen in Betrieben, wo die Blöhm und Konjorten herrschen.

Zu erwähnen bliebe noch das Aufheben der Zahlstelle Harburg durch Politischerklärung seitens der Polizeibehörde und das Eingehen der Zahlstelle Stade. In letzterem Orte war die Zahlstelle immer stets unter sehr schwierigen Verhältnissen aufrecht erhalten worden, und müssen wir nun versuchen, dieselbe wieder lebensfähig zu machen. In Harburg hat, trotzdem dort nur die Einzelmitgliedschaft bis auf Weiteres besteht, die Mitgliederzahl noch zugenommen.

Dahingegen hat die Zahlstelle Estebriigge sehr um ihren Bestand zu kämpfen. Es mangelt in den kleineren Orten eben immer an den nötigen Personen, welche einer solchen Zahlstelle vorstehen können.

Die Kassenverhältnisse gestalten sich wie folgt:

Einnahme.

Kassenbestand vom vorigen Halbjahr..	M. 299,90
Beiträge aus der Hauptkasse.....	500,—
Von der Zahlstelle Hamburg.....	300,—
Summa... M.	1099,90

Ausgabe.

Diäten und Fahrgelder an Referenten..	M. 113,30
„ f. sonstige Reisen „	81,50
Druckfachen u. „	9,—
Porto und Schreibmaterial.....	20,—
Persönliche Verwaltungskosten.....	11,—
Sonstige Ausgaben.....	80,—
Spezielle Agitation in Hamburg.....	733,50
Summa... M.	1048,30

Bilanz.

Summa der Einnahme.....	M. 1099,90
„ „ Ausgabe.....	1048,30
bleibt Bestand.....	M. 51,60

Die Wichtigkeit bestätigen die Referenten: Mag. Pröhl, Fr. Scheller, H. Wähe.

Der Gauvorstand. J. A.: B. Grosse.

NB. Die Kollegen finden hier in der Einnahme einen anderen Kassenbestand als der Abschluß des vorigen Berichts zeigt. Dieses kommt daher, daß der vorige Bericht bis 15. Januar gegeben ist, wir aber der Einheitlichkeit halber die Kassenberichte jetzt immer mit dem jeweiligen Quartalsabschlüssen geben werden. Daher kommt es auch, daß der zur speziellen Agitation für Harburg bewilligte Posten mit M. 50 sich wieder unter der Rubrik: „Sonstige Ausgaben“ befindet und damit zugleich erklärt wird, welche Ausgaben sonst noch darunter zu suchen sind; ferner bemerke ich, daß Wandsbek M. 10 und Estebriigge M. 20 erhalten haben.

19. Gau. Vorort Esbersfeld.

Den Zahlstellenverwaltungen zur Nachricht, daß im Laufe dieser Woche der Gauvorstand ein Flugblatt zur Verbreitung bringt, für dessen Verbreitung dieselben angelegentlich Sorge tragen wollen.

Die Wiedereröffnung des Reichstages steht vor der Thür und mit ihr die abermalige Verathung der Zuchtahnsvorlage. Der 16. Tischlerstag in Lübeck hat sich für die Bestürmung der Zuchtahnsvorlage ausgesprochen; sorgen wir dafür, daß der Wunsch unserer Innungsmeister zu Stande werde. Die Anebelung des Koalitionsrechtes steht auf dem Spiele; nutzen wir die kurze Spanne Zeit aus, welche uns noch von der Verathung dieses Gesetzesworfes trennt; es gilt, die Organisation zu stärken und Protest zu erheben gegen die weitere Entrechtung unserer eigenen Person. Dieses aber ist am besten möglich, wenn wir uns in öffentlichen Versammlungen der Tragweite dieses Gesetzesworfes bewußt werden. Das Flugblatt dürfte sich zur Propaganda für die Versammlungen eignen, darum nochmals: auf den Posten! Für Referenten wird der Gauvorstand Sorge tragen.

Der Gauvorstand.

J. A.: Aug. Hartung, Gr. Klostbahn 27.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Altwater. Wie die Hirsch-Dunder'schen Agitatoren die Indifferenten zu fangen suchen, davon konnte man sich in einer Versammlung am hiesigen Orte überzeugen. Kommt da ein Tischler, Namens Schubert aus Schweidnitz, um hier einen Ortsverein der Tischler zu gründen. Er hält dann eine viertelstündige Rede, zählt den Anwesenden die großartigen Zahlen auf, welche sich in den Abrechnungen des 6000 Mitglieder zählenden Hirsch-Dunder'schen Tischlerverbandes befinden; verspricht den Leuten das Blaue vom Himmel und versichert ihnen dann so nebenbei, daß auch er, d. h. Schubert, für die Verkürzung der Arbeitszeit eintritt und schließt dann mit der Bemerkung, er wolle die Anwesenden nicht länger langweilen. Als zwei Mitglieder vom Holzarbeiterverbande gesprochen hatten und sich immer noch Mehrere meldeten, wurde die Rede rasch dicht gemacht. Zwei der Anwesenden haben sich durch die „glänzenden“ Zahlen des Schubert so sehr verlocken lassen, daß sie sich entschlossen, es einmal mit den angepriesenen Vortheilen zu versuchen. Werden diese neu erworbenen Mitglieder aber Augen machen?

Eisenburg. Sonnabend, den 23. September, fand hier selbst eine außerordentlich gut besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Genosse W. Wittig-Weipzig über „Volk und Wissenschaft“ sprach. Redner wies nach, wie Volk und Wissenschaft untrennbar verbunden sind, ja, wie letztere thatsächlich aus dem Volke hervorgegangen sei und infolgedessen Gemeingut des gesammten Volkes werden müsse. Dies wird von den herrschenden Klassen, namentlich von den Junkern und deren Verbündeten, zu hintertreiben gesucht, und fand dieses Bestreben im preussischen Abgeordnetenhaus ungehinderten Ausbruch. Doch läßt sich die Arbeiterchaft dadurch nicht beirren und hat sich in ihren gewerkschaftlichen und sonstigen Vereinen Institute geschaffen, wo es ihr möglich ist, das Wissen sich anzueignen, welches ihr von den herrschenden Klassen verweigert wird. Der Redner fand den ungetheilten Beifall der Versammlung. Des Weiteren gab der Leiter der hiesigen Zahlstelle einen Bericht über die Lage der hiesigen Holzarbeiter. Er bedauerte, daß die Korbmacher und Stellmacher sich dem Verband fern halten, trotzdem gerade in diesen Berufen die Lohn- und sonstigen Verhältnisse schlechte sind.

Freiburg i. B. Der Streik der Schreiner bei H. Stadler's Dausgeschäfft dauert fort. Bis hier ist es Herrn Stadler trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, die nötigen Ersatzkräfte zu finden. Die während des Streiks bei ihm in Arbeit getretenen Arbeiter haben, nachdem sie über die Lage unterrichtet waren, die Arbeit stets wieder verlassen. Eine Ausnahme machte ein aus der Schweiz gekommener Schreiner. Dieser Nachkollege hatte bei einem hiesigen Missionar über Stadler's Erfindungen eingelesen, und nachdem ihm derselbe versichert, daß Stadler ein frommer Mann und die Streikenden arme Sünder seien, die nicht arbeiten wollen, hat dieser Nachkollege mit echtem „Christeneifer“ am Freitag die Arbeit bei Stadler aufgenommen, um, wie er sagte, in dieser Werkstatt auszuhalten, weil es Unrecht sei, daß man dort streike. Daß dieser „Arbeitswillige“ ein tüchtiger Arbeiter ist, geht schon daraus hervor, daß schon am Samstag der dortige Werkmeister in folgender lobender Weise über diesen Durschen sich geäußert hat: „Wenn nur die Streiker den holen möchten, der verpflucht uns noch Alles.“ Nun, wir gratuliren Herrn Stadler zu solch tüchtigen Kräften. Jedenfalls wird Herr Stadler aus dem diesjährigen Streik die Lehre ziehen, daß es besser ist, bei Zeiten mit seinen Arbeitern zu verhandeln, als es wegen ganz geringfügiger Forderungen zu einem Streik kommen zu lassen, denn der Schaden, der ihm durch den diesjährigen Streik zugefügt ist, dürfte M. 10 000 übersteigen. Da bis jetzt noch keine Einigung erzielt ist, bitten wir die Kollegen, den Zuzug nach Freiburg noch streng fern zu halten, um so mehr, als wir uns noch mit einigen anderen Firmen in Differenzen befinden.

Gera. In der am 23. September hier stattgefundenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung, welche sehr gut besucht war, referirte Kollege Karl Loh = Stuttgart über das Thema: „Der Werth der menschlichen Arbeitskraft.“ Redner verstand es, in geschickter Weise die verschiedene Werthschätzung der menschlichen Arbeitskraft in der heutigen Gesellschaft klar zu legen. Er betonte, daß Rechte und Pflichten nicht gleichmäßig vertheilt seien. Wenn Arbeiter Forderungen auf Verbesserung der Löhne stellten, sage man, sie seien gnußüchtig, während die herrschende Gesellschaft bei gewissen Personen die Arbeitskraft ganz gut zu schätzen wisse. So betrage zum Beispiel bei 36 Direktoren verschiedener Banken Deutschlands das jährliche Gesamtgehalt M. 4 991 000, also 36 Personen bekommen M. 138 639,00, deren Durchschnittslohn mit M. 892 berechnet ist. Ein einziger Direktor beziehe so viel wie 164 Bergleute. Die angeführten Löhne der Bergleute seien noch lange nicht die niedrigsten. Redner verwies hierbei noch auf die ungewein schlechten Löhne der schlesischen Weber und der in der Spielwarenindustrie Thüringens beschäftigten Arbeiter. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, der Organisation beizutreten, schloß der Referent mit dem Hinweis, daß die Klassenbewußte Arbeiterchaft, welche die Herrschaft des Sozialistengesetzes siegreich überwunden hätte, sich auch nicht vor dem Zuchtahnsgesetz fürchte, das immerhin von einschneidender Wirkung für die deutsche Industrie sein werde. An der darauf folgenden Diskussion theilnahmen sich die Kollegen Kuhn, Koppstadt, Werner und Köcher, welche die Interefflosigkeit der hiesigen Holzarbeiter gegenüber ihrer Organisation sehr kriti-

firten. Eine Resolution im Sinne des Referats wurde einstimmig angenommen. Vom Genossen Küstner wurde noch auf den Werth der kürzlich gewählten Dausgeschäfftungskommission hingewiesen und aufgefordert, alle Beschwerden derselben zukommen zu lassen. Mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband schloß der Vorstehende die imposante Versammlung.

Geschwend. Vor circa 180 Personen sprach hier am 23. September Genosse Michaels aus Erfurt über: „Die Bedeutung der Gewerkschaften.“ Am Schlusse wies Redner hin auf die Gefahren, welche den Gewerkschaften durch die sogenannte Zuchtahnsvorlage drohen und forderte, zu zahlreichem Beitritt auf. In der darauf folgenden Diskussion wurde das Trucksystem, unter welchem die Holzarbeiter zu leiden haben, scharf kritisiert. Bemerkte sei noch, daß der Bürgermeister in Blaue die geplante Versammlung verbot; das schadet aber nichts, er hat uns damit gutes Agitationsmaterial geliefert. Es leben unsere Freunde, die Feinde! An die Kollegen richten wir die Bitte, nur bei dem Wirth zu verkehren, der uns seinen Saal zu Versammlungen zur Verfügung stellt.

Grünberg i. Schl. Recht schöne Zustände herrschen hier im Tischlergewerbe. Günstige Arbeitszeit, auch Sonnabends, und M. 12-15 Wochenlohn; ganz tüchtige Gesellen erhalten auch M. 16. Noch schlechter stehen sich die Korbmacher und Stellmacher: M. 3-5 Wochenlohn und Kost und Logis beim Meister. Da muß doch gleich jeder Kollege Sehnsucht nach Grünberg bekommen. Auch die Lehrlingszählerei steht hier noch in Blüthe. Da arbeiten bei den Tischlermeistern 24 Gesellen; und 79 Lehrlinge, also auf jeden Gesellen kommen mehr als 3 Lehrlinge. In einer Werkstatt allein sind augenblicklich 13 Lehrlinge und 1 Geselle beschäftigt. Da wird aber zeitweise auch „nur“ 100 Stunden pro Woche gearbeitet. Dann besteht am Orte eine Waggonfabrik und eine Maschinenfabrik, in der eine große Anzahl Kollegen beschäftigt sind. Arbeitszeit ist auch „nur“ 11 Stunden. Lohn giebt es da 21-26 M. pro Stunde. Bei Akkordarbeit wird ja manchmal etwas mehr verdient. In der Waggonfabrik herrscht ein sonderbares Akkordsystem. Da bekommen die Arbeiter bei 14 tägiger Lohnzahlung außer dem Stundenlohn einen Extrazuschuß von M. 1,50-8, das heißt dann Akkordgeld. Die Höhe des Akkordgeldes richtet sich nicht etwa nach der Arbeit, sondern nach der Gunst, die der Arbeiter beim Meister hat. Es wäre zu wünschen, daß die Kollegen, welche dem Verbande bisher fern gestanden haben, demselben halb beitreten, dann wird es in absehbarer Zeit möglich sein, den miserablen Zuständen, wie sie noch hier bestehen, ein Ende zu machen.

Halberstadt. Die hiesigen Tischler stellen an ihre Arbeitgeber die Forderung, die Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden zu verkürzen, unter Beibehaltung des bisherigen Lohnes. Die Tischlermeister suchten die Gesellen auf einige Zeit zu vertrösten, was ihnen jedoch nicht gelang, da die Gesellen energisch eingriffen, ehe die günstige Zeit verstrich. Nach einigem Zaudern beschloß die Tischlerinnung, die Forderung zu bewilligen, und ist die verkürzte Arbeitszeit seit Montag, den 18. September, in den meisten Werkstätten eingeführt. Einzelne Arbeitgeber haben nicht bewilligt, resp. haben die betreffenden Kollegen keine Forderungen an sie gestellt. Die organisierten Kollegen werden dafür sorgen, daß auch diese Werkstätten halb nachfolgen. Kollegen! Innerhalb drei Jahre haben wir die Arbeitszeit zweimal um eine halbe Stunde verkürzt. 1888 kämpften die Tischler Halberstadts 13 Wochen vergebens um die zehnstündige Arbeitszeit. Was 1888 durch Streik nicht erreicht wurde, hat im Jahre 1896 resp. 1899 die Organisation auf friedlichem Wege erreicht. Sorge jeder Einzelne für den Ausbau derselben, führe jeder dem Verbands neue Streiter zu, dann werden wir auch im kommenden Frühjahr die Löhne den Zeitverhältnissen gemäß etwas erhöhen können. Vorwärts, durch Kampf zum Sieg!

München. In einer überaus zahlreich besuchten Holzarbeiter-Versammlung sprach am Sonntag, den 24. September, Kollege W. Schneegap aus Stuttgart über: „Die Kämpfe um kürzere Arbeitszeit im Holzarbeiterverband.“ Redner führte die Kämpfe um Beibehaltung der Feiertage an, die die Gehülften seinerzeit mit den Zünften führten, was gleichbedeutend mit einer Verkürzung der Arbeitszeit sei; daraus sei aber zu ersehen, wie einseitig die Behauptung unserer Gegner sei, daß die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit erst von gewissenlosen Agitatoren aufgeworllt worden sei. Redner bespricht die maschinelle Entwicklung, die Akkordarbeit und meint, daß es keines besonderen Nachweises bedürfe, daß die achtstündige Arbeitszeit vollständig genüge, um die Bedürfnisse der Menschheit befriedigen zu können. Nachdem er den Anwesenden die Ergebnisse der 1897er Statistik vor Augen geführt, warf er einen Rückblick auf die Kämpfe unseres Verbandes um kürzere Arbeitszeit, rühmte die Solidarität der Kollegen und forderte die uns noch Fernstehenden zum Eintritt in dieselbe auf. Diesen Ausführungen folgte reicher Beifall. In der Diskussion brachte Kollege Raith einige örtliche Werkstatt-Mißstände zur Sprache. Zunächst schilderte er den in der „Münchener Post“ mitgetheilten Unglücksfall in der Werkstatt des Musterarbeiters Leib, dem der Schreiner Weber zum Opfer fiel. Noch viel größere Mißstände, so fährt Redner fort, seien in dem Betriebe des Herrn Hans Leib zu finden. Dort seien die Maschinen, insbesondere die Kreis-säge, in einem höchst miserablen Zustande. Auch hier sei vor nicht langer Zeit ein ähnlicher Unfall passiert und nachdem seitens der Organisation an die Berufsgenossenschaft und den Fabrikinspektor berichtet wurde, stellte sich heraus, daß weder der Arbeiter noch der Unfall angezeigt worden sei. — Des Längeren verweilte Kollege Raith bei der Werkstatt Pauli in der Waaderstraße. Seit Jahr und Tag habe man sich die größte Mühe gegeben, die Kollegen dieser Werkstätte zu organisieren. Dies sei aber vergebliche Mühe gewesen, denn Pauli stelle nur junge, indifferente Kollegen von auswärts ein und bezahle ihnen geringe Löhne. Auch Herr Pauli leidet an jener chronischen Krankheit, an der so viele Kleinmeister laboriren: er habe Samstag selten das nötige Kleingeld, um seine Arbeiter auszahlen zu können. So erhielt ein Arbeiter kürzlich am Samstag M. 2 von seinem Lohn, am Montag wieder M. 2, und als er am Dienstag seinen übrigen rückständigen Lohn forderte, die Entlassung. Als er, Raith, sich des Kollegen annahm und beim Meister Pauli vorstellte wurde, sei er wegen Hausfriedensbruchs angezeigt worden; den Kollegen, dem er noch den Lohn schulde, bezichtigte Pauli des Diebstahls von Schellack; dabei werde bei Pauli der Schellack zehnpennigweise geholt. Wenn die dortigen Kollegen organisiert wären, wären derartige Zustände unmöglich. — Die Redner der christlichen Organisation erklärten wieder einmal ihr volles Einverständnis mit dem Re-

ferenten, was sie aber auch für die Zukunft nicht hindern wird, in der gehässigsten Weise den Verband zu verleumden und einen Keil in die Organisation zu treiben. Um in der Bekämpfung des Ueberstundenwesens einen Schritt weiter zu machen, wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige öffentliche Holzarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit das einzige Mittel ist, die Arbeiterschaft auf eine höhere Kulturstufe zu stellen. Da die Verkürzung der Arbeitszeit nur zu erreichen ist durch eine starke gewerkschaftliche Zentralorganisation, erklären die Versammelten es für Ehrenpflicht aller Kollegen, mit allen Kräften für den weiteren Ausbau des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu wirken. Im Weiteren verpflichten sich die Kollegen, Ueberstunden im Allgemeinen zu vermeiden, und solche nur dann zu leisten, wenn sämtliche Plätze der Werkstatt besetzt sind.“ Nach Annahme einer weiteren Resolution, welche sich für Erhöhung des ortsblichen Lohnes und mit der Beauftragung des Gewerkschaftsbereins zur Durchführung bei dem Magistrat befaßt, endete die Versammlung. Bei dieser Gelegenheit möchten wir aber die zuversichtlichsten Kollegen bringen darauf hinzuweisen, unseren Arbeitsnachweis zu frequentieren; derselbe befindet sich im Restaurant „Orpheum“, Sonnenstr. 12. Ferner ist es notwendig, sich über die Verhältnisse am Orte, Abhne usw. auf dem Bureau der Zahlstelle zu erkundigen; da wir hier nach Jahre langen Arbeiten und Mühen ein durchgreifendes Vertrauensmännersystem eingeführt haben, so erfahren sich die Kollegen viele Vorwürfe und Verdruß und bemahren sich selbst vor Schaden.

Niederseßlich. Nach Ablauf von drei Jahren, seit Eröffnung unserer Zahlstelle, konnten wir am 10. September die erste öffentliche Versammlung abhalten. Die ersten zwei Jahre hatten wir kein geeignetes Lokal und im letzten Jahre wurden die beschlagnahmten Versammlungen verboten. In der obigen Versammlung sprach Kollege S. Richter-Dresden zur vollsten Zufriedenheit über: „Zweck und Nutzen der Organisation“. Getabelt wurden in der Diskussion die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Möbelarbeit von G. Biser und der Dampfmaschinenmühle von S. Schreiber. In letzterer ist eine tägliche Arbeitszeit von 14—18 Stunden keine Seltenheit. Es wäre dringend nötig, daß die Kollegen hiesigen Ortes sich der Organisation anschließen, damit recht bald Wandel geschaffen werden könnte.

Reise. Nach dieser Mühe gelang es uns, hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung abhalten zu können. Leider war es nicht, ein Lokal zu bekommen, fernermal in einer alten Miltärstadt die Straße sehr vorständig sind. Am 26. September fand die Zahlstelle eine öffentliche Versammlung in der Wohnung des Kollegen S. Schreiber. Eine Diskussion fand nicht statt. Wir wollen hoffen, daß die am gleichen Abend gegründete Zahlstelle von dauerndem Bestand ist, und die Kollegen recht fleißig die Versammlungen besuchen werden. Ein brüderliches Zusammenhalten der Kollegen ist durchaus nötig, wenn die vielfachen hier bestehenden Mängel in den Verhältnissen beseitigt, höhere Löhne und längere Arbeitszeit errungen werden sollen.

Uraach. Die hiesige Zahlstelle hatte am 8. September die hiesigen Fabrikanten der Galanteriebranche ersucht, die zur Zeit bestehenden Arbeitsverhältnisse in den Arbeitsräumen auszufragen und die von den Arbeitern gewählte Lohnkommission, welche bei Verhandlung neuer Artikel, sowie Änderungen der alten Arbeitsverträge mit den Arbeitgebern unterhandeln sollte, anzuerkennen. Dem Ersuchen wurde Folge gegeben. Den Kollegen Uraach ist es durch ihre Güte gelungen, ihre Wünsche von den Fabrikanten ohne Schwierigkeiten erfüllt zu bekommen. Zwar besaßen einige hiesige Fabrikanten, daß nur der glänzende Sieg unserer Kollegen in Einigkeit die Uraach in ihrem Vorhaben bestärkt habe, was wir ihnen nicht freitig machen wollen; das beweist auch die erhebliche Zunahme neuer Mitglieder in unserer Zahlstelle; nur betonen wir, daß auch hauptsächlich die günstige Geschäftsverhältnisse, sowie andere Verhältnisse sind, welche die betreffenden Arbeitgeber zur Bewilligung unserer Wünsche veranlaßten. Die hiesigen Kollegen sind nun gewillt, auch fernerhin dem Verbande treu zu bleiben, sowie alle noch fern bestehenden Kollegen unserer Organisation zuzuführen.

Wachstums. Im Laufe des verfloffenen Sommers wurden in auswärtigen Zeitungen Schuhmacher und Polier nach hier gesucht und hohe Löhne versprochen. Wegen Neugründung mehrerer Schuhfabriken waren Arbeitskräfte in ungenügender Zahl vorhanden, und es schien anfangs, als ob wirklich neues Leben infolge höherer Lohnzahlung unter die hiesigen Holzarbeiter kommen sollte. Heute kann man schon beobachten, daß die Arbeiter mit den Akkordpreisen nicht auskommen. Es wurde ihnen nämlich immer eine verhältnismäßig hohe Abschlagszahlung gewährt, um nur recht viele Arbeitskräfte heranzuziehen. Damit sind die Arbeiter getäuscht worden. Jetzt können sie unwohl arbeiten. Doch auch in solchen Fällen wissen sich die Fabrikanten zu helfen, indem die nicht fertige Arbeit liegen bleibt und ein neuer Akkord angefangen wird. Lea Schlußsatz dieses Vorgehens kann sich Jeder denken. Die Kollegen Deutschlands mögen also vorichtig sein, falls hiesige Fabrikanten mittelst Annoncen Arbeiter suchen. Mögen die Kollegen, die sie sich angeworben lassen, Erkundigungen von der Zahlstelle einziehen, damit sie vor Schaden bewahrt bleiben. Möchten auch die hiesigen Kollegen einsehen, daß nur durch gemeinsames Vorgehen Befreiung geschaffen werden kann. Das zeigte sich auch am hiesigen Orte, indem in mehreren Schreinerzeilen mit bestem Erfolg eine längere Arbeitszeit durchgesetzt wurde. Wenn Alle zur Organisation gehörten, ließe sich noch viel mehr erringen.

Ausens

an alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Musikinstrumenten-Industrie Deutschlands.

Die herrlich in Nr. 39 der „Holzarbeiter-Ztg.“ bekannt gegeben, befinden sich bei dem 11. September 500 Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik Lothmann'scher Musikinstrumente in Leipzig, wegen Verletzung einer von den Arbeitern gewählten Kommission im Streik. Diese Kommission hatte den Auftrag erhalten, über die Meister Ludwig und August Schreiber zu führen. Der kaufmännische Direktor Schreiber verlangte, die Beschwerden schriftlich einzubringen, um dieselben besser prüfen und Abhilfe schaffen zu können. Dessen Befehle wurde nachgegeben. Der kaufmännische Direktor Schreiber, welcher von der Seite zurückgekommen war, ließ die Kommission in's Komplotz kommen und wobei den Beschwerden der Kommission in folgenden Weise antwortete: „Oben Sie

dieses Schriftstück verfaßt?“ Auf die Antwort: „Ja“, rief der Herr Direktor die Beschwerdeschrift mitten durch und warf sie dem Betreffenden vor die Füße mit den Worten: „Da haben Sie Ihren Dreß, machen Sie daß Sie 'naus kommen, Sie sind entlassen!“ In ähnlich unfeiner und wenig anständiger Weise wurden auch die anderen Kommissionsmitglieder entlassen, und zum Ueberfluß gab Herr Schreiber am schwarzen Brett bekannt, daß er den einen Arbeiter wegen Bedrohung, die beiden anderen wegen Verleumdung der Meister Ludwig und August entlassen habe. Jedoch waren sämtliche Kommissionsmitglieder in der Lage, die Wahrheit ihrer Angaben beweisen zu können, wurden aber durch die schroffen und herrischen Umgangsformen des Herrn Direktors Schluß daran gehindert.

Wahrscheinlich hätten sich die Arbeiter trotz der Maßregelung ihrer Kommission beruhigt; doch da geschah das Unerwartete, daß am Sonnabend, den 9. September, weitere 14 der ältesten Arbeiter ohne Angabe von Gründen entlassen wurden. Die Arbeiter haben Grund, anzunehmen, daß die meisten älteren Arbeiter entlassen werden sollen, um junge, gefügigere Elemente in die Fabrik zu bekommen, die sich Abzüge am Lohn und jede Behandlung gefallen lassen. Deshalb liegt die Erregung auf's Höchste. Als nun auch noch die Leiter der Organisation, in denen ein größerer Theil der Lothmann'schen Arbeiter vereinigt ist, ohne Erfolg zu haben, mit der Direktion unterhandelten, stellten am Montag, den 11. September, Mittags, Vierhundert der beteiligten Arbeiter die Arbeit ein.

Um die Gewissenlosigkeit des Werkmeisters Ludwig zu kennzeichnen, diene Folgendes: Er verleumdete eine ihm unliebsame Person beim Direktor Schluß, um deren Entlassung herbeizuführen. Hierüber gerichtlich belangt, erklärte er anstandslos seine Anschuldigungen als Unwahrheiten und nahm sie in einer Ehrenerklärung in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 17. Juli d. J. zurück.

Man denke nun die Konsequenz, welche Herr Direktor Schluß zog. Angebliche Verleumder entläßt er sofort in schroffster Weise, und einen gerichtlich überführten Verleumder nimmt er in Schutz. Von solch einem Leiter sollen die Arbeiter nun Gerechtigkeit erwarten!

Im „Leipziger Tageblatt“ läßt die Direktion am 23. September erklären, daß in der Fabrik wieder 392 Arbeiter beschäftigt werden, darunter 266 Mechaniker und gelernte Metallarbeiter, ferner 20 Tischler. Von den freitenden Arbeitern seien bis zum gleichen Tage 168, weil sie nicht wieder zur Arbeit erschienen, definitiv entlassen; weiter solle auf Beschluß des Aufsichtsrathes der Tischlereibetrieb bis auf eine Reparaturwerkstatt eingestellt werden, um für eine anderweitige Fabrikation Platz zu schaffen. Aus diesem Grunde sei am 28. September die Entlassung sämtlicher noch freitender Tischler erfolgt. Im Uebrigen nähme der Betrieb seinen regelmäßigen Fortgang und sei die Fabrik in der Lage, allen Anforderungen zu entsprechen.

Dazu sei unsererseits bemerkt, daß die Fabrik Lothmann'scher Musikwerke noch niemals 266 Mechaniker und gelernte Metallarbeiter beschäftigt, am allerwenigsten jetzt, es sei denn, daß die Direktion alle die Schneider, Bäder, Fleischer zc., welche sie einstellte, zu den Mechanikern zählen will. Weiter sind nicht 20, sondern nur 12 Tischler beschäftigt, und von diesen wieder nur einer, der wirklich brauchbar ist. An den schon öfter gemachten Schluß der Direktion: den Tischlereibetrieb aufzuheben, glaubt kein Mensch, und daß die Firma außerhalb Leipzigs keine Arbeiten gemacht bekommt, dafür sorgt die Solidarität der deutschen Tischler, wie sich die Direktion bereits durch die Arbeitsniederlegung in Mählfhausen überzeugen konnte.

Wir bitten die deutschen Kollegen aber auch heute wieder, keine Arbeiten für die Lothmann'schen Musikwerke anzufertigen, die Herren Direktoren werden dann recht bald zu der Ueberzeugung gelangen, daß es eben nichts nützt, in der Dessenlichkeit herum zu prahlen, daß die Fabrik besetzt sei und man alle Wünsche der Abnehmer befriedigen könne. Das geht eben nicht, weil ein solcher Betrieb nur mit eingerichteten Arbeitern aufrecht erhalten und allen Anforderungen gerecht werden kann.

Wenn die Herren erst durch Schaden klug geworden sind, dürften sie recht bald Einkehr bei sich halten und den durchaus berechtigten Wünschen der Arbeiter, von den Werkmeistern anständig behandelt zu werden, nachkommen.

Es wird also vor allen Dingen gebeten, Zuzug streng fern zu halten und keine Arbeiten für Leipzig anzufertigen. Anfragen sind zu richten an die Sektionsleitung der Musikinstrumentenarbeiter Leipzigs, „Koburger Hof“.

Aus den Berichten der Holzbranche.

Die Petition an den Deutschen Reichstag um Annahme des Entwurfes, betr. den Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, haben 147 deutsche Innungen unterzeichnet, darunter die folgenden in Berufen der Holzindustrie: Tischlerei in Berlin, Braunsberg, Dresden, Habelschwerdt, Kranowitz, Magdeburg, München (Schreinerzogenenschaft), Pleß, Rawitz, Schweinitz, Solbin, Stolberg, Torgau, Altenburg, Halle a. d. S., Helmstedt, Loslau, Rühel, Münterberg, Neumarkt, Rudolfsbrunn, Uelsen und Jiegenhals; Stellmacherei in Berlin, Hamburg, Pasewalk, Schippenbeil, Stolpen i. S., Vorna und Radeberg; Korbmacherei in Kranichfeld und ebendortselbst auch der Storbmacherei.

Wie es scheint, denken die Innungsmitglieder etwas anders, als deren Wortführer, die auf den Innungstagen in Lübeck und Eisenach den Mund recht voll nahmen. Selbst die Potsdamer Tischlerei, in welcher der Reichstagsabgeordnete Tischlermeister Pauli sein Weizen treibt, fehlt auf der „Ehrenliste“.

Richtigstellung. In der Notiz, den Tischlermeister Trübe in Bitterfeld betreffend, muß es anstatt M. 4 M. 7 Wochenlohn heißen; und weiter: „dem betreffenden Kollegen sind die versprochenen M. 7 nicht voll ausbezahlt worden.“

Die Firma Steinway & Co., Pianofortefabrik in Hamburg, hat seit dem 2. Oktober in ihrem Betriebe für alle Arbeiter die neu eingeführte Arbeitszeit eingeführt. Das ist ein günstiger Erfolg der hiesigen Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes. Schon im vorigen Jahre ist, mit wenigen Ausnahmen, überall in Hamburg die neunstündige Arbeitszeit durchgesetzt, und — was das Bemerkenswerthe ist — ohne daß es zu Arbeitsentlassungen gekommen ist. Wenn sich auch einzelne Meister kränkten, so gaben sie doch nach, als sie sahen, daß die Organisation es durchaus ernst mit der Durchsetzung meinte. Dem fortwährenden Drängen der organisierten

Musikinstrumentenarbeiter konnte die Firma nicht länger widerstehen, und so entschloß sie sich denn, beim berechtigten Wunsche der Arbeiter zu entsprechen und den Neunstundentag einzuführen.

Eine Möbelniederlage der vereinigten Tischlerinnungen in Hamburg wurde vor einigen Wochen Rabolten 58—57 eröffnet. Während zu Anfang des Unternehmens nur 16 Personen beteiligt waren, hat sich deren Zahl auf 45 gehoben. Wir begrüßen das Unternehmen nur deshalb, weil, wie es scheint, ein frischer Zug in die Tischlerei kommt, um der Schundarbeit, die leider auch in Hamburg immer noch genügend angefertigt wird, so nach und nach den Boden abzugraben. Wenn die Leiter des Unternehmens an dem Grundsatze festhalten, nur guten, gebiengen und preiswerthen Arbeiten in den Verkaufsräumen Aufstellung zu gewähren, dann wird sich das Publikum recht bald dorthin gewöhnen und Schund und Schund sein lassen. Da die Aussteller zumeist zu den Meistern gehören, die ihren Gesellen einigermaßen anständige Löhne zahlen, wünschen wir dem Unternehmen besten Erfolg.

Vier Tischler der Krebs'schen Möbelabrik in Wittau i. S. legten, weil sie Arbeiten für die im Lohnkampfe stehenden Blauiger Tischler machen sollten, die Arbeit nieder. Demgleich Herr Krebs diese Kollegen auch zu täuschen suchte und Schiedungen machte, ließen sie sich darauf doch nicht ein. Weiter ist ein Kollege Namens Leh (Verbandsmitglied) zum Verräther an sich selbst geworden. Er ließ sich überreden und nahm die Arbeit wieder auf. Eine Klage vor dem Gewerbegericht gegen ihn zog Krebs zurück und zahlte die Kosten, wohingegen der Kollege Freitag M. 10 bezahlten mußte, weil er ohne Kündigung die Arbeit verlassen hatte. Im „Sächs. Volksblatt“ war nun das Verhältnis bei Krebs geschilbert, wobei er nicht ganz gut wegkam. Dies hat den Herrn so in die Wölle gebracht, daß er in den „Zwickauer Neuesten Nachr.“ ein Eingekandt löst, in welchem er zwar seinem Herzen Luft gemacht, sich aber auch — blamirt hat. Wir gönnen ihm das Vergnügen. Wenn er in dem „Meister“-Laborat droht, alle Arbeiter zu entlassen, wenn er den Fingern der Notiz im „Sächs. Volksb.“ (welche der Anlaß zu seiner Blamage war) nicht erwacht, so läßt das die Arbeiter kalt. Er sollte nur zufrieden sein, daß er Arbeiter hat; es möchte ihm schwer werden, wieder welche zu bekommen.

Der Streik der Tischler in Manitz bei Zwickau gilt als beendet, da mit Ausnahme der Firmen H. & D. Hochmann und Bödner alle Unternehmer bewilligt haben. Bei genannten Firmen waren einige Auskollegen stehen geblieben, zu ihnen gestellten sich einige Arbeitswillige und dadurch war die Aufrechterhaltung der Betriebe möglich. Die Kollegen welche dort aufgehört, sind anderweitig in Arbeit getreten, und Streikende sind nicht mehr vorhanden. Zu gelegener Zeit wird auch in obigen Verhältnissen das Versäumte nachgeholt werden. Wie verlautet, wollen die Meister im Winter daran gehen und Maßregelungen vornehmen. Das können die Kollegen mit aller Gemüthsruhe abwarten, wissend, daß dem Winter ja auch wieder ein Sommer folgt, und daß außerdem das Wort „Solidarität“ bei den deutschen Arbeitern kein leeres Begriff ist. Die Herren Arbeitgeber mögen ihren Gefühlen also nur freien Lauf lassen und sich durchaus nicht geniren.

Die Firma Datz & Neu in Karlsruhe hat, wie uns am Sonntag aus Durlach telegraphisch berichtet wurde, mehrere organisierte Kollegen gemagtregelt. Zuzug sei fern zu halten.

Am 6. d. M. d. Uns Sonntag ein Telegramm zu schicken, dessen Inhalt für die am Dienstag Mittag abgeschlossene Nummer bestimmt sein soll, ist grober Unfug und Geldverwendung. Ein Brief, welcher am Sonntag Nacht in Karlsruhe zur Post gegeben wird, ist Dienstag Früh in unseren Händen. Wir erklären, daß wir von solchen Telegrammen in Zukunft keine Notiz nehmen.

Mietheentschädigung und Streikunterstützung. In einer Berliner Vertrauensmännerversammlung wurden nach längerer Diskussion über die Frage der Regelung der Unterstützung bei Streiks folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Angriff- und Abwehrstreik werden bis bisher unterstützt. (Abwehrstreik vom ersten Tage an und Angriffstreik von der zweiten Woche.) 2. Der Sozialzuschuß wird von der ersten Unterstützungswoche gezahlt. (Diesen Zuschuß erhalten Alle, welche den Nachweis führen können, ständig zum Streikfonds geklebt zu haben; die Unterstützung beträgt dann M. 18 bzw. M. 15). 3. Die Mietheentschädigung wird von der fünften Streikwoche gezahlt (pro Woche M. 5 bzw. M. 2,50).

Der Streik in der Lugschmiedfabrik von Görschner in Berlin, Reichenbergerstr. 57, dauert unverändert fort. In dieser Fabrik sind Löhne gezahlt worden, die jeder Beschreibung spotten. Mit einem Lohn von M. 8 und M. 10 pro Woche haben die Kollegen nach Hause gehen müssen.

Die Berliner Musikinstrumentenarbeiter, lokale Organisation, lehnten eine Delegation in das für die Lokalorganisationen gegründete Gewerkschaftskartell mit Stimmengleichheit ab.

Wie es mit den Arbeitern und Arbeiterinnen in der Piano-Mechanikbranche Berlins ansieht, das geht aus einem von Beske gehaltenen Referat hervor. B. jagte nach einem Bericht des „Vormärts“: „Es werden meistens ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, denn die Technik und die mit derselben Hand in Hand gehende Theilarbeit hat es soweit gebracht, daß die einzelnen Arbeiter nur noch Maschinen zu bedienen haben und schließlich zu lebenden Automaten werden. In keiner anderen Branche der Musikindustrie werden bei einer so übermäßig langen Arbeitszeit, die in vielen Fabriken 60 Stunden pro Woche beträgt, solch niedrige Löhne gezahlt. Und trotz alledem ist der Indifferentismus in keiner anderen Branche so groß. Die Kolleginnen und Kollegen wollen immer noch nicht einsehen, daß sie ihre Lage nur verbessern können, wenn sie sich organisieren. In der Mechanikfabrik von Köhler wollten die dort Beschäftigten ihre Lage etwas verbessern und stellten Forderungen. Was jagte Herr Köhler der Kommission? Ich bewillige eben nichts; wenn Sie streiken wollen, dann streiken Sie. Ich preise auf Ihre Organisation. In meiner Fabrik sind verschiedene ungelernete Arbeiter beschäftigt, die das, was sie verdienen, beim Steinflöten und dergleichen nicht verdienen würden.“ Im Weiteren jagte dann Herr Köhler: „In meiner Fabrik herrscht keine Kupfladeri, wie es bei einer großen

Firma Sitte ist, wo die Chefs ihre Autorität mißbrauchen, um an ihren Arbeiterinnen ihrer Vorkraft zu fröhnen. Kollegen und Kolleginnen, ist es nicht eine Schande, daß uns Fabrikanten mit solchen Argumenten entgegen treten können? Also hinein in die Organisation, solche Zustände sind nur auf dem Wege des Klassenkampfes zu beseitigen.

Die Holzbildhauer einer Reihe Werkstätten Verlust sind wegen Nichtbewilligung der gestellten Forderungen in den Ausstand getreten.

Der Streit in der Pinselfabrik der Firma Rosenfeld in Nürnberg dauert ununterbrochen fort. Versuche des Herrn Rosenfeld, auswärtige Arbeitskräfte heranzuziehen, sind fehlgeschlagen. Man versucht Herr Rosenfeld, sich an die anderen Nürnberger Pinselindustriellen zu wenden, in der Absicht, ihn durch Lieferung von Material oder Pinseln beizustehen. Auch in dieser Beziehung wird Herr Rosenfeld ein energisches Paroli geboten werden. Zugang von Arbeitern und Arbeiterinnen aller Arten in der Pinselindustrie nach obiger Firma ist also noch streng fern zu halten.

Der Streit in der Dessauer Waggonfabrik ist, wie dem „Vormärts“ mitgeteilt wird, vorläufig beigelegt. Donnerstags Mittag ward die Arbeit wieder aufgenommen. Bis zum 1. Januar verzichtet die Firma auf jedwede Lohnherabsetzung, um bis dahin mit dem Arbeiterausschuß über eine etwaige anderweitige Lohnregulierung in Verhandlung zu treten. Es ist also ein Waffenstillstand geschlossen.

Herannahende Krise im Waggonbau. Der „Vormärts“ schreibt in seiner Nummer vom 1. Oktober Folgendes: „Infolge des ungemessenen Verkehrsauflchwunges waren die Staatsbahnverwaltungen genötigt, große Bestellungen in Auftrag zu geben, die von den bestehenden Waggonfabriken nicht in der verlangten Lieferfrist hergestellt werden konnten. Dazu kamen Aufträge von Seiten der Kleinbahnen, Straßenbahnen und anderer Interessenten, die das Arbeitsquantum vorübergehend ganz enorm anhäufte. Sofort wurden zahllose neue Waggonfabriken errichtet. Selbst große Eisenwerke, wie die Laurahütte und andere, errichteten Abteilungen für den Wagenbau. Nicht weniger als 18 neue Establishments sind im Verlaufe weniger Jahre zu den alten hinzugekommen. Inzwischen ist aber der vorübergehende so starke Bedarf an Wagen beträchtlich zurückgegangen, und es war vorauszu sehen, daß die nunmehr bestehenden Fabriken sich bald um die Aufträge reihen, sich gegenseitig unterbieten würden. Das ist denn nun auch eingetreten. Als kürzlich 5000 preussische Güterwagen in Lieferung vergeben wurden, machte die Norddeutsche Waggonbau-Vereinigung, welche die größten und älteren Establishments umfaßt, die nämliche niedrige Offerte, wie sie auf Grund der Rohmaterialpreise des Vorjahres abgegeben wurde, heute aber, nachdem die Preise für Eisen, Stahl und Holz ganz beträchtlich gestiegen sind, äußerst unerwartet kam und den Beweis erbrachte, daß die flotte Zeit in der Wagenbauindustrie schon einem bedenklichen Stadium gegenseitiger Konkurrenz gewichen sein mußte.“

Auch eine Abonnements-Einladung des „Chaifen- und Wagenbau“:

„Abonnieren kann man jetzt auf drei Monate (Nr. 220, 221, 222, wer nicht mehr Geld hat), oder auf 15 Monate, wer Geld hat. — Es giebt so viele Wagenbauer in Deutschland, die dieser oder einer Zeitung nicht bedürfen; kann man denn ohne eine solche auch leben? und ein Geschäft mit Vortheil betreiben? — Das werden diese alle in wissen. — Gehen thut ja Alles, aber fragt mich nur nicht: wie? — Die Krebse gehen auch! Der Schnecke kriech; wer gleich behagt verpöht es nicht! Abonnieren kostet pro 1/2 Jahr M. 5, 4,75, 4,50, 4,15, 3,75, 3, 2,50, 2 u. 3. Mit je 6, 6, 6, 5, 3, 1, 0, 0 Zeichnungen in Farben oder im Schwarzdruck.“

Wer will ihn unterstützen, den armen Schuder von Mettinger. Katholisch thut es jeder Wagenbauergeselle schon aus Dankbarkeit dafür, daß er sie in seiner Zeitung von Zeit zu Zeit herunterreißt und durch den Roth schleift, sie beschimpft, wie in Nr. 8 seiner Zeitung, wo er sagt, daß man das Schwidern bei der Arbeit „bei Wagnern und Ladnern nie mehr beobachten kann“. Helft ihm auf die Strampfe, dem armen Mettinger, der trotz seiner Armut vom 17. Juli bis 16. August „mit großen Kindern und Enkeln“ (zu sechs) in den Bergen sein konnte, um auszuruhen von der Hezarbeit gegen die Gesellen und noch eine weitere schuldige Tour in's bayrische Schwaben machen will.

Wir ahmen ihm die Erholung von ganzem Herzen, hielten es sogar für viel besser, wenn er sich an einem lauschigen Ort still auf die Hosen setzte und die Welt mit seinem Kammer nach Abonnenten und Bezahlung verschonte.

Holzindustrie und Holzhandel in der Rheinpfalz 1898. Der Handels- und Gewerbe-Kammerbericht der Rheinpfalz berichtet, daß im vorigen Jahre das M ö b e l g e i c h a s i zufriedenstellend war. Die Stuhlfabrikation war stark beschäftigt, namentlich mit der Herstellung von Rohrstühlen, doch sei die erforderliche Hinzuverfügung der Verkaufsbreise nicht gelungen. Die Stuhlfabrikation war rentabler als im vorhergegangenen Jahre. Die Preise der Rohmaterialien waren während des Jahres einer fortwährenden Steigerung unter-

worfen. Gegen Ende des Jahres war bei den Holzpreisen ein zehnprozentiger Aufschlag eingetreten, während die Stützenpreise um 20 pSt. gestiegen waren. Die Nachfrage nach Brettern zur Herstellung von Zigarrenstücken aus russischem Erlenholze war größer als im Vorjahre und bewirkte eine wesentlich erhöhte Produktion. Abgenommen hat der Absatz von Patentfournieren. Der spanisch-amerikanische Krieg hatte ein vollständiges Ausbleiben der Zufuhren von kubanischem Zedernholze zur Folge, dafür aber kam als Ersatz minderwertiges, aber dafür auch außerordentlich billiges Zedernholz südamerikanischer und mexikanischer Probenanz an den Markt. Als Rohmaterial wurde überwiegend russisches Erlen-, dann deutsches Erlen- und Pappelholz, und ein kleines Quantum kubanisches Zedernholz verarbeitet. Die Faktistenfabrikation hatte vielfach unter der Konkurrenz von kleineren Sägewerken und Stüttschneidereien, die ihre Waare zu jedem Preise beschleuderten, zu leiden; als Rohmaterial diente hauptsächlich süd- wie norddeutsches Holz. Der Geschäftsgang in der Gewerkschaft-Fabrikation war besser als im vorhergegangenen Jahre; der Hauptabsatz erstreckte sich auf das Ausland.

Trotz der Steigerung der Preise für Rohmaterialien werden die Herren Fabrikanten immer noch ihren „Schnitt“ gemacht haben, fernermalen von Lohnherabsetzung nicht die Rede war, wohl aber waren Akkordpreiszubuzierungen nichts Seltenes.

Eine neue Aktiengesellschaft. Das seit vielen Jahren in Görtz bestehende Dampf- und Messerfournierwerk und die Parkfabrik von Otto Mausch ist unter Mitwirkung der Böbauer Bank in eine Aktiengesellschaft mit M. 350 000 Aktienkapital umgewandelt worden.

Winten den Herren Aktionären fette Dividenden? Wir zweifeln nicht daran, fernermalen die Arbeiter in Holzbearbeitungs-fabriken um großen Widerstand leisten zu können, wenn die Ausbeutungsmante in großem Maße betrieben werden soll, meistens nicht genügend organisiert sind.

Fette Dividende und zwar 9 pSt. zahlt die Holzbearbeitungs-gesellschaft Vendi Söhne in Landsherg a. d. W. den Aktionären. Wie Recht hatten doch die Hirsch-Duncker'schen Harmoniebrüder, als sie gelegentlich einer Lohnforderung der „Verbändler“ durchblicken ließen, daß dieselbe unburführbar sei! Die fetten Dividenden beweisen das.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Der erste Kongreß der Lithographen Deutschlands hat am 17. und 18. September in Leipzig stattgefunden. Es waren 35 Delegirte aus 25 Städten anwesend, außerdem von der Generalkommission der Gewerkschaften Regien-Hamburg, und vom Verein der Lithographen, Steinbruder und Berufs-genossen Deutschlands Sillier-Berlin und Kies-Nürnberg. Die Leiter eines kürzlich begründeten besonderen Lithographen-bereits waren nicht erschienen. Zum Vorsitzenden des Kongresses wurde Tischenbörfen-Berlin gewählt. Die Tagesordnung enthielt Vorträge über die Berufsverhältnisse und die Organisation der Lithographen, sowie deren Stellung zur Privatlithographie. Ueber die „Berufsverhältnisse der Lithographen“ sprach Tischenbörfen-Berlin, was durch gut ausgearbeitete Berichte der Delegirten ergänzt wurde. Der Kongreß mußte, trotz vorgerückter Quier Geschäftslage, eine herabgehende Entwicklung dieser Verhältnisse konstatiren und stellte entsprechende Forderungen zur Verbesserung derselben auf. Ueber die „Organisation der Lithographen“ referirte Pfeiffer-Fürth, wobei sich der Kongreß für deren Eintritt in den seit zehn Jahren bestehenden Verein der Lithographen, Steinbruder und Berufs-genossen Deutschlands entschied. Derselbe soll dadurch aufgebaut werden, daß die Filial- und Sektionsbildungen für Lithographen gefordert und die Zahl der Lithographen in den Verwaltungen der übrigen Fachstellen sowie im Hauptvorstande allmählig bis zur Hälfte ihrer Mitglieder erhöht werde. Die Lithographen Deutschlands sollen weiter mit einem Vertrauenscomité verbunden werden, welches aus den Kollegen des Hauptvorstandes und der Verwaltung der Lithographenfiliale in Berlin besteht. Die „Stellung zur Privatlithographie“ behandelte Dubelt-Berlin, welcher die außerordentliche Vernehrung und die großen Schäden derselben beleuchtete und die möglichste Beseitigung dieses Zwischenmeisterthums, das sich fast wie in der Konfektionsindustrie ausgebildet habe, forderte. Die Grundgedanken aller Referate wurden mit den Forderungen in ausführlichen Resolutionen zum Ausdruck gebracht, welche nach lebhafter Diskussion mit etlichen Abänderungen einstimmig angenommen wurden. Die übrigen Anträge auf Vornahme statistischer Erhebungen über die Lage der Lithographen, Verbesserung des Fachblattes u. fanden ebenfalls einstimmig Annahme. Der nicht vertretene neue Lithographenverein wurde vom Kongreß ersucht, nach dem nun nach den Wünschen der Lithographen erfolgten Ausbau des bisherigen Vereins in demselben aufzugehen, um eine Zerplitterung zu vermeiden. Uebrigens erklärte Regien-Hamburg u. A., daß der sogenannte Sonderverein von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nicht anerkannt werden kann.

Der Töpfer-Verband veranstaltet unter den Mitgliedern eine Umfrage, um festzustellen, ob der Verband im Stande ist, die Arbeitslosenunterstützung und in welchem Umfange einzuführen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Das preussische Kammergericht und die Einreichung des Mitgliederverzeichnis. Bekanntlich hat das Kammergericht früher einmal festgestellt, daß Vereine, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, durch ihren bei der Gründung des Vereins gewählten Vorsitzenden das Mitgliederverzeichnis an die Polizei einreichen lassen müssen. War dies nicht innerhalb der gesetzlichen Pflicht geschehen, oder war inzwischen ein anderer Vorsitzender gewählt, konnte dieser nicht verpflichtet werden zur Einreichung des Mitgliederverzeichnis, auch nicht über dasselbe „jeber Zeit“ Auskunft zu geben. So war es bisher. Jetzt hat aber das Kammergericht dem Drängen der Staatsanwaltschaft nachgegeben und entschieden, daß die Verpflichtung: Statut und Mitgliederverzeichnis einzureichen und in Bezug auf das Letztere auch Auskunft zu geben, wenn die Polizei solche wünscht — so lange besteht, als dieser Pflicht noch nicht genügt ist. Jeder später gewählte Vorsitzende muß also das Versäumte seines Vorgängers nachholen.

Literarisches.

Das Gewerbegericht. Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte. Herausgeber: Stadtrath Dr. Fleck, Frankfurt a. M. Die jetzt in den Verlag von Georg Reimer in Berlin übergegangene und zu einer selbstständigen Monatschrift umgestaltete Zeitschrift enthält in Nr. 1 des fünften Jahrganges u. A.: An Leser und Mitarbeiter! — Zeitungsangriffe auf das Gewerbegericht Berlin. Von Fabrikant O. Weigert. Rechtsprechung: Ist die Aufrechnung von Forderungen des Arbeitgeber gegen Lohnansprüche seiner Arbeiter zulässig (Mainz)? Handlungsgehülfn oder Gewerbegehülfn? liegt eine Kompetenzentscheidung vor, wenn das Amtsgericht wegen Unzuständigkeit das Armenrecht verweigert hat (Königsberg i. Pr.)? Gerichtsstand des Erfüllungsortes bei Klage eines im Binnengewässer fahrenden Heizers (Stettin)? Reichsgericht. — Andere deutsche Gerichte (Stuttgart, Kammergericht). — Ausländische Gewerbegerichte (Wien, Bern). Verfassung und Verfahren: Kompetenz-erweiterung und Gewerbegerichte für kleinere Orte. Jahresbericht des Gewerbegerichts Köln. Sächsischer Bürgermeisterberjammlung. Einigungsämter: Einigung im Nürnberger Schmiedestreit. Allgemeines über Gewerbegerichte und Arbeitsvertrag. Häufigkeit der Klagen in elf Städten. Charlottenburger Statistik. Auskunfts-ertheilung durch das Gewerbegericht München. Erpapflicht des neuen Arbeitgebers bei Vertragsbruch des Arbeiters. Jahresbericht des Gewerbegerichts Plauen. Gewerbegerichtswahlen. Arbeitervereine in Zürich. Verbandsangelegenheiten: Zusammenfassung des Verbandsausschusses. — Ausschlußsagung. — Beitrittserklärung. — Eingänge.

Briefkasten.

* Berichte aus Mainz, Braunschweig, Bausen und Regens-burg mußten wegen Raummangels zurück bleiben.
Zwickau, F. Sie theilen uns da allerhand Dinge mit, die mit dem eigentlichen Zweck ihres Berichtes fast in gar keinem Zusammenhang stehen. Wir lehnen daher die Veröffentlichung in der Form ab.
Nabeckel, C. W. Der Bericht enthält nichts weiter als eine Mittheilung, daß Kollege Neusch dort gesprochen, daß die Versammlung schlecht besucht war und daß in Nabeckel die Beschlabende jeden Sonnabend vor dem 1. und 15. jedes Monats im „Gasthof zur goldenen Krone“ und in R ö s c h e n b r o d a jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. im Restaurant „Zum Bürgergarten“ stattfinden.
Vitterfeld, Deu es angeht. Mit den M. 4 ist es allerdings ein Druckfehler, daß diese aber nicht voll ausbezahlt sind, dabon stand in Ihrem Berichte kein Wort. Wir müssen bei Mittheilungen unbedingt verlangen, daß gewissenhaft verfahren wird, sonst — fahren wir mal aus der Haut. In Anbetracht der Angst, die Sie vor dem bösen Briefkasten haben, wollen wir es heute mal mit Ihnen gnädig machen.
Osterö, J. M. Da bereits mehrere Male über das gleiche Thema berichtet wurde, kann auf einen Abdruck wohl verzichtet werden.
Breslau, C. Gatten bereits darauf abonniert. Gruß.
Oberhaan, A. W. Sie können durch uns begehren: „Die Lehre von der Harmonie der Farben“, M. 3, und „Das Weizen, Schleifen und Poliren des Holzes, des Eisenblechs, Hornes u.“ M. 4, 20.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(C. S. 86, Hamburg.)
 Im September sandten Ueberschüsse ein: Hamburg II M. 260, Siegnitz 75, Berlin B 200, Magdeburg 100, Hamburg III 100, Berlin A 300, Berlin C 100, Nürnberg 200.
 Zuschuß erhielten: Wals M. 100, Offenbach M. 100.
 Die neuen Statuten traten am 1. Oktober in Kraft und wurden bereits Mitte September an alle Ortsverwaltungen versandt.
 Jul. Rahmann, Oststr. 94 g. I.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 S.)
Mitna. Dienstag, 10. Oktober, Abends 9 Uhr, im Lokale der Wwe. Glier, Nordstr. 37. L. O.: 1. Abrechnung. 2. Bericht der Baukontrollkommission. 3. Bericht vom Gewerkschaftsstatell. 4. Verschiedenes.
Braunschweig. Sonnabend, 14. Oktober, Abds. 8 1/2 Uhr, im „Rhein. Hof“, Wendenstr. 45.
Raschau. Sonntag, den 8. Oktober, Nachmittags 2 1/2 Uhr: Oeffentliche Holzarbeiter-Versammlung im „Schweizer Hof“. L. O.: Die Bedienung der Organisation. Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist erforderlich.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Leipzig. Bezug nehmend auf den Beschluß der Mitgliederversammlung vom 18. September, bringen wir hiermit zur weiteren Kenntniß, daß das Bureau der Verwaltungsstelle Leipzig sich vom 2. October ab im „Koburger Hof“, Windmühlstr. 3/11, befindet. (Tel. Nr. 433.) Dieselbst Arbeitsnachweis.
 Die Ortsverwaltung.

Aufforderung.

Das Mitglied **Wilmann** (Buch-Nr. 193 082) ist von hier abgereist, ohne das aus unserer Bibliothek entlehnte Buch „Der deutsche Bauernkrieg“ abzuliefern. Die Kollegen werden ersucht, B. darauf aufmerksam zu machen und ihn zu veranlassen, daß er das Buch zurücksendet.
 Die Ortsverwaltung Zeitz.

Euchtiger Parteigenosse

mit einigen Tausend Mark Kapital kann sich als thätiger **Theilhaber** in einem soliden, schon bestehenden Uuernehmen auskömmliche Ggflenz gründen. Offerten unter **L. J. 92** an die Expedition dieses Blattes.

Sterbetafel
 des
Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Bernhard Arnold, geb. 31. Mai 1862 zu Wolezsch, gest. 23. September zu Pasing.
Ma. chias Gastelger, gest. am 20. September infolge Ueberfahrens durch einen Eisenbahnzug zu Starnberg.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltungen.

Kollegen **August Tesch**, geb. 26. 7. 79 zu Stattenhof, **Albert Wenike**, geb. 24. 11. 54 zu Holzlin und **Franz Juhre**, geb. 29. 12. 53 zu Dirschau, bitte, sendet Eure Adressen, zwecks einer wichtigen Zeugenvernehmung, an

Robert Lindner, Freientwale a. d. O., Uchtenhagenerstr. 13. Ortsverwaltungen und Kollegen werden gebeten, den Aufenthalt dieser Kollegen mitzuteilen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Haan.

Sonntag, 22. Oktober, Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn **Ern**, „Mittel Jtter“:

Stiftungsfest, bestehend in Konzert, theatralischen Aufführungen und Ball.

Die Kollegen der umliegenden Orte werden hierzu freundlichst eingeladen. NB. Der Ueberschuss wird zur Gründung einer Bibliothek verwendet.

Das Festcomité.

Tischlerwerkführer gesucht!

Zur Einrichtung und Leitung einer Möbelfabrik mit Dampftrieb wird zum baldigen Antritt eine tüchtige, zuverlässige Kraft mit etwas Kapital gesucht; letzteres ist jedoch nicht unbedingt nöthig. Offerten erbeten an **Schreiber & Lenthier**, Baumeister, Leipzig-Curtisch.

Tüchtige Tischlergesellen

auf Polstergestelle stellt sofort ein **Kühn**, Halle a. d. S., Sophienstr. 40, Polstergehilfenfabrik m. Dampftrieb.

4-6 Tischler auf furnirte Arbeit sofort gesucht. Dauernde Beschäftigung. **Fr. Lauenstein**, Oberthal bei Lauterberg a. Harz.

2-3 Schreiner auf bessere Möbel bei dauernder Arbeit und zehnjähriger Arbeitszeit gesucht. Stundenlohn 35-40 M. **Jakob Dommasch**, Möbelschreiner, Sandstuh (Rheinpfalz).

2 tüchtige Tischler finden dauernde und gut lohnende Arbeit bei **Louis Friedrich**, Tischlermeister, Aue i. Sachs.

Bei hohen Akkordlöhnen finden sofort tüchtige **Stuhlauer** und **Stuhlpolierer** dauernde Beschäftigung. **Rob. Oelschlägel & Co.**, Br. Holland.

2-3 tüchtige Möbelpolierer bei hohem Lohn und dauernder Stellung sofort gesucht.

Winne & Wegner, Suhl i. Th., Möbelfabrik mit Maschinenbetrieb.

2 tüchtige Möbeltischler auf sofort gesucht. **Probst**, Tischlermeister, Bosenem bei Silberheim.

Holz- und Polirdrechsler.

2 tüchtige Leute finden sofort Stellung. **J. C. Riltzenborg**, Regulator-Gehäusefabrik, Rarhuns (Dänemark).

Ein selbstständiger **Holzdrechsler** wird gesucht. **P. Schmitt**, Fischbach i. Taunus, Schreiner mit Maschinenbetrieb.

Fraiser.

Tüchtiger **Fraiser**, welcher auf Klappbogen, Gesimse, Konsolen etc. gearbeitet hat, wird möglichst sofort gesucht. Derselbe muß ein solider und sauberer Arbeiter sein.

A. Adam & Cie., Holzwaarenfabrik, Borken i. Westfalen.

Stellmacher im Kastenmachen erfahren, sucht per sofort **W. Schumacher**, Kottbus, Bahnhofstraße 56.

Ein junger **Glasergehilfe** (Mahmenmacher) wird für Winterarbeit sofort gesucht. **Moritz Bohne**, Glasmeister, Meuselwitz (S.-A.), Poststraße 8.

2 Korbmacher auf grün Gematt sofort gesucht. **L. Ackermann**, Korbmachermeister, Korbetha, Bahnhof.

Korbmacher, geübte Gestellarbeiter, für Webbigrohr und Bambus, sofort gesucht. Wochenverdienst M. 20-28. **Mathesius & Co.**, Leipzig, Sibonienstraße 61.

Suche sofort **5 Gesellen** auf kleine, ovale Fischkörbe. **P. Jahn**, Korbmacher, Raseburg i. L.

Solider **Korbmacher** findet dauernde Beschäftigung. **Jak. Kahlke**, Glückstadt.

2 Korbmacher, einer auf Gematt und einer auf groß Gefchlagen, sofort gesucht. **J. Mackenroth**, Hannover, Martistr. 37.

2-3 tüchtige Korbmachergehilfen auf Reize- und Wäschkörbe werden sofort bei hohem Lohne gesucht. Nur gute Arbeiter wollen sich melden. **Bruno Weisse**, Schlettau i. Erzg.

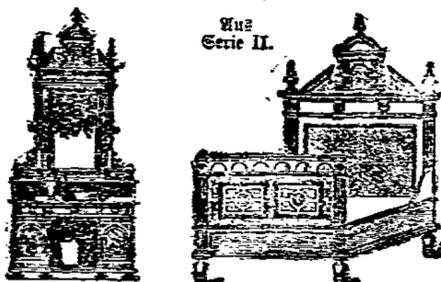
Bürstenholzbohrer gesucht. **Otto Oeltze**, Gr.-Otterleben b. Magdebg.

Bürstenmacher! Ein Bohrer wird gesucht. Lohn per tausend Loch 30 M. Kost und Logis auf Wunsch außer dem Hause. **Carl Gerkrath**, Unna i. W.

Durch die Expedition dieser Zeitung sind zu beziehen:

Entwürfe einfacher Zimmereinrichtungen. Serie I, enth. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 6 Bogen. Größe 72:100. Preis M. 3.

Entwürfe moderner Zimmereinrichtungen. Serie II, enth. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 8 Bogen. Größe 72:100. Preis M. 3.



Zum Schutze der Organisation

gründete sich am 18. März 1891 nach dem 16wöchentlichen Kampfe der Tabakarbeiter um ihr Koalitionsrecht die

Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg.

Die Genossenschaft zahlt keine Dividende; den von derselben Beschäftigten wird ein anfänglicher Lohn bezahlt, bei einer event. Auflösung fällt das Vermögen an die Tabakarbeiter-Organisation. — An Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftskartelle, Arbeiter-Konsumvereine event. direkter Versand zu Engrospreisen. Vertreter erhalten Provisions.

Reichs-Gewerbeordnung m. Handwerker-Gesetz f. d. Gesellenauskunft f. 50 M vom Verlag **A. Bergmann**, Breslau, Albalberstr. 19.

200 Stück gute, prächtvolle Sumatra-Zigarren, mit langer Blätter-Einlage, schneeweißem Brand, feinem Aroma, perf. für den billigen Preis von nur M. 5,20 ab hier, 500 Stück M. 13 franko. Ferner 500 Stück hochfeine Zigaretten, theils mit Spitze, Stork- oder Goldmundstück, fortirt mit M. 5 ab hier. Versand gegen Nachnahme.

Garantie Zurücknahme. **Wilhelm Quincke**, Neuenrade 1. Westf.

Verbandsmitglieder, Achtung!

Almanach für das Jahr 1900.

Taschenkalender für Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Herausgegeben vom Vorstande.

Er erscheint in kurzer Zeit.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36

Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpuliren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen. Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

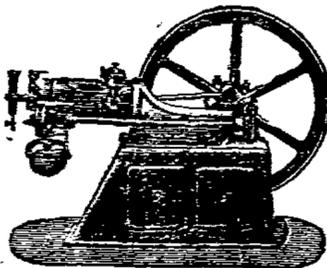
1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Gasmotoren-Fabrik C. Schmitz

Maschinenfabrik und Eisengiesserei

Köln-Ehrenfeld

baut als Spezialität:



Gas- u. Benzin-Motoren

„System Otto“.

Günstigster Gasverbrauch. — Billigste Preise.

Bei einem großen Theile der hentigen Auflage liegt ein Prospekt von **Paul Horn, Fabrik chemischer Produkte, Hamburg**, bei, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Verlag: A. Köste, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Beide in Hamburg.

Engros Preisliste franko! Versand

Konkurrenzlos billig, reellste Fabrikate!
Für die Reellität der Fabrikate sprechen zahlreiche Anerkennungen.
Unstreitig vertheilhafteste Bezugsquelle.



Trifolium, 100 Stück M. 2,50
Meise Sorte, 100 Stück 3,-
Marina, 100 Stück 3,75
Florida Becks, 100 Stück M. 3,75
Donna Elvira, 100 Stück 4,50
Mexicanos, 100 Stück 5,50

Bedingungen: Versand und Verkauf nicht unter 100 Stück von einer Marke. 20 Stück werden unter Nachnahme. Nichtkonvenientes erbiten, als angegeben, auf eigene Kosten gegen Rückzahlung des gezahlten Betrages zurück. Daher keinerlei Risiko für den Besteller. Im Falle der Rückzahlung dürfen wir aber eine 4 Stück Probe je Marke nicht anrechnen. Bei Entnahme von 500 Stück gewährt 3 pSt., bei 1000 Stück 6 pSt. Rabatt, wenn sich Besteller auf diese Zeitung bezieht.

Czollek & Geballe, Zigarren-Engros-Lager, Berlin C, Spandauer Brücke 9, Berlin C.

Telephon Amt III 2712